

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 135

FRÜHJAHR 1999

DM 1,-

## Verteidigt Serbien gegen Bundeswehr/NATO-Angriff!

# Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!



Reuters

Nach über zwei Wochen Terrorkrieg gegen das serbische Volk überziehen Bundeswehr-Tornados und andere NATO-Bomber Serbien und die größtenteils albanische Provinz Kosovo weiter mit ihren mörderischen Angriffen. Fast ein Drittel der albanischen Bevölkerung ist seit Beginn der Bombenangriffe aus dem Kosovo geflohen, was jetzt vom SPD-Kriegsminister Scharping zynisch dazu benutzt wird, den Bombenterror noch zu steigern, der nicht zuletzt darauf abzielt, unter der belagerten albanischen und serbischen Bevölkerung Terror zu verbreiten. Große Teile der serbischen Hauptstadt Belgrad sind in Flammen aufgegangen – das letzte Mal wurde diese Stadt 1941 von Hitlers Luftwaffe bombardiert. Schröder, Fischer und Clinton bringen die Welt gefährlich einem dritten Weltkrieg näher, diesmal mit Atomraketen.

Es ist im dringenden Interesse der Arbeiterklasse aller Länder – insbesondere der Arbeiter in Deutschland, dessen herrschende Kapitalistenklasse zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen und den industrialisierten Massenmord an 6 Millionen Juden und Hunderttausenden Sinti und Roma organisiert hat –, sich in Worten und Taten den Kriegsplänen aller Mitglieder der NATO-Allianz in diesem „unerklärten“ Krieg gegen Serbien entgegenzustellen. Die Internationale

## SPD/Grünen-Regierung: Imperialistische Schlächter!



AP/Mikica Petrovic

### SPD/Grüne bombardieren Serbien, setzen Pristina, Kosovo, in Brand

Kommunistische Liga hat weltweit in Flugblättern ihrer Sektionen aufgerufen: Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker auf der ganzen Welt haben ein vitales Interesse, die Serben gegen den Bundeswehr/NATO-Angriff zu verteidigen! Wie das SpAD-Flugblatt vom 26. März erklärte:

„Die imperialistische SPD/Grünen-Regierung schickt Tornado-Bomber und Bundeswehrtruppen auf den Balkan und begeht wieder Massaker an den unterdrückten Balkanvölkern. Gleichzeitig heizen sie hier den Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus an. Die Sozialdemokratie und die kapitalistische Klasse, für die sie herrscht, beuten im eigenen Land die Arbeiter bis aufs

*Fortgesetzt auf Seite 2*

## PDS ruft nach imperialistischer OSZE/UNO-Intervention

## Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 1

Blut aus durch immer schärfere Ausbeutung und brutale Unterdrückung, die durch massiven rassistischen Polizeiterror durchgesetzt wird. Jeder erfolgreiche Militärschlag gegen den deutschen Imperialismus ist im direkten und unmittelbaren Interesse der arbeitenden Menschen und Minderheiten in diesem Land und auf der ganzen Welt... Die nationalistischen Kriege auf dem Balkan sind ein direktes Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung von Jugoslawien und aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa. Wir Trotzisten von der IKL waren die einzigen, die gegen die kapitalistische Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion gekämpft haben und für die proletarisch-politische Revolution, die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten. Wir haben gewarnt, daß ein kapitalistisches wiedervereinigtes Deutschland neue imperialistische Kriege bedeuten wird, massive Angriffe auf die Arbeiterklasse, Rassismus und mörderischen Nazi-Terror. Und genau diesen imperialistischen Horror erleben wir jetzt. Dafür trägt die PDS Verantwortung: Sie hat die Arbeiter betrogen und in die kapitalistische Konterrevolution geführt. Die pseudolinken Gruppen wie Linksruck, Arbeitermacht usw. haben die Konterrevolution bejubelt und die Arbeiter an die Imperialisten ausgeliefert. Heute unterstützen sie die SPD und die PDS, die für den deutschen Imperialismus herrschen...

SPD und PDS sind genau die Parteien, die hier in Deutschland die rassistischen Abschiebungen durchführen und den Imperialismus verwalten. Der deutsche Imperialismus liefert die Panzer für die türkische Bourgeoisie, die Zehntausende Kurden ermordet hat. Der rassistische Staatsterror gegen die Kurden hat das Ziel, die Arbeiter weiter zu spalten und ihnen die Kürzungen hinauszuwürgen. Freiheit für Öcalan! Verteidigt Kurden gegen den blutigen Staatsterror!

Zeitgleich mit dem Bombenterror gegen Serbien hat die Regierung eine Hetzkampagne gegen die hier lebenden Serben entfacht und sie mit Abschiebungen bedroht. Allein aus Berlin wurden in den letzten Wochen 49 jugoslawische Staatsangehörige abgeschoben. Und während die Herrschenden die Schreckensbilder aus den albanischen und mazedonischen Flüchtlingslagern zeigen, um die Bevölkerung für ihren mörderischen Krieg zu gewinnen, heizen sie im gleichen Atemzug die rassistische Hetze gegen eine

„Flut“ von Flüchtlingen weiter an. Verhindert Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

In Deutschland sind Hunderttausende serbische Arbeiter im Industrieproletariat konzentriert und genau wie die kroatischen, polnischen, türkischen und kurdischen Arbeiter ein wichtiger Bestandteil der eingewanderten Arbeiter in Deutschland, die für die proletarische Revolution eine strategische Bedeutung haben. In vereinten Klassenkampfaktionen gegen den imperialistischen Krieg, gegen Nazi-Terror und die rassistischen Abschiebungen der SPD/Grünen-Regierung kann die Arbeiterklasse die tödliche Spaltungspolitik der Sozialdemokratie durchbrechen und für das revolutionäre Programm gewonnen werden. Der raubgierige Imperialismus kann nur durch die Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution gestürzt werden. Die SpAD kämpft dafür, eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, die dieses Verständnis in die Arbeiterklasse hineinträgt und sie zur Machtergreifung führt.

Das wütendste Kriegsgeschrei kommt heute von Grünen, Sozialdemokraten und „Linken“, die eine groteske Kampagne veranstalten, um Serbien wegen „Völkermords“ anzuklagen. Diese Hetze, mit der den wirklichen Völkermördern, der Bourgeoisie von Auschwitz, Amnestie erteilt werden soll, dient vor allem zur ideologischen Kriegsvorbereitung der Arbeiterklasse, unter der eine weitverbreitete Kriegsangst herrscht. In den 80er Jahren sind die Fischers, Schröders und ihre „linken“ Anhängsel unter der Losung „Weder Washington noch Moskau“ auf die Straße gegangen – wir Spartakisten haben damals gefordert „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“ und betont, daß sich hinter dem Antisowjetismus wie auch dem Antiamerikanismus der wiederaufsteigende deutsche Nationalismus verbarg. Heute stellen die ehemaligen SPD/Grünen-Anführer der nationalistischen „Friedens“-bewegung das Kriegsminister-Kabinett des deutschen Imperialismus. Jede Heuchelei ist ihnen recht, um die Armee des deutschen Kapitals, die im Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien ein Fünftel der Bevölkerung abgeschlachtet hat, wieder auf den Balkan zu schicken. Deutsche Bourgeoisie: Auschwitz und Jasenovac vergessen wir nie! Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!

Im SpAD-Flugblatt betonten wir: „Es war auf dem Balkan, wo 1914 der Erste Weltkrieg begann, und es war die SPD, die schon damals die Arbeiterklasse auf die Schlacht-

Fortgesetzt auf Seite 8

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn  
Produktionsleiter: Derek Lemur  
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 135

FRÜHJAHR 1999

### Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429  
New York, NY 10116, USA

### KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

## SPD-Staatsbürgerschaftsgesetz ist rassistischer Angriff auf die Arbeiterklasse

# Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Wenn der von SPD/Grünen geführte deutsche Imperialismus zusammen mit seinen NATO-Rivalen einen mörderischen Bombenkrieg gegen Serbien führt, nennen sie es zynisch „Abwendung einer humanitären Katastrophe“. Wenn die SPD Massenabschiebungen durchführt und einen anderen Teil der Immigranten bespitzelt und einschüchtert, heißt es „Erleichterung der Einbürgerung“.

Als die neue SPD/Grünen-Regierung kurz nach den Wahlen ankündigte, einem Großteil der Millionen seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Immigranten den Zugang zur doppelten Staatsbürgerschaft zu erleichtern,

### Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!

löste dies unter eingewanderten Arbeitern eine Welle von Hoffnungen aus. Allein in Berlin zogen 40 000 ihren Antrag auf Einbürgerung zurück, weil sie hofften, ihre bisherige Staatsbürgerschaft behalten zu können. Vor allem die vorgeblichen Linken stürzten sich auf den SPD-Gesetzesentwurf zur Staatsbürgerschaft, um die rassistische SPD – Schily: „Das Boot ist voll“, Schröder: „Kriminelle Ausländer raus, aber schnell“ – weißzuwaschen, zu deren Wahl sie aufgerufen haben. Mit dieser Politik, immer das „kleinere Übel“ zu unterstützen, schüren sie Illusionen in die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ketten die Arbeiterklasse an den rassistischen Kapitalismus. Im Gegensatz zu den zentristischen und reformistischen Anhängseln der Sozialdemokratie kämpfen wir Trotzlisten für die unabhängige Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse, die wir zu dem Verständnis gewinnen wollen, daß sie das Interesse und die Macht hat, dieses System durch Arbeiterrevolution zu stürzen.

Der erste Gesetzesentwurf der SPD/Grünen stellte nicht einmal das aus dem Kaiserreich stammende rassistische Blutrecht in Frage. Das SPD-Gesetz paßt die reaktionären „Ausländergesetze“ an die gegenwärtigen Erfordernisse des deutschen Imperialismus an: Vor allem bedeutet dieser SPD-Vorstoß die Einführung einer *Staatsbürgerschaft zweiter Klasse*, die nach Belieben wieder entzogen werden kann. Und wie wenig selbst der Besitz der formalen Staatsbürgerschaft im Kapitalismus wert ist, mußten vor allem die deutschen Juden erfahren, denen von den Nazis ein „J“ in den Paß gestempelt wurde, bevor sie in die Gaskammern von Auschwitz verschleppt wurden. Heute werden Immigranten, die seit Jahrzehnten hier leben oder hier geboren wurden, bespitzelt und aussortiert, zum Teil kriminalisiert und abgeschoben – die Einschüchterung soll alle treffen, um die Arbeiterklasse weiter zu spalten.

Dennoch entfachte die CDU/CSU-Opposition eine wütende Kampagne gegen ein Einbürgerungsgesetz, unter dem Immigranten nicht unbedingt und unter allen Umständen dazu gezwungen wären, ihrer bisherigen Nationalität abzuschwören. Diese rassistische Kampagne (die übrigens auch bei Teilen der SPD/PDS-Mitgliedschaft auf Resonanz stieß) wurde sofort von den Nazis aufgegriffen, die ihren mörderischen Terror noch verstärkten. Nach der Wahlniederlage vor allem der Grünen in Hessen kam die SPD/Grünen-Regierung der Opposition entgegen und übernahm den FDP-„Kompromiß“. Die Pseudolinke wiederum nahm die Kampagne der Rechten zum Vorwand, um die Regierung in Schutz zu nehmen – dabei spielte es für sie gar keine Rolle, daß das Gesetz von Anfang an reaktionär war.

Schon der erste Gesetzesentwurf sah die geheimdienstliche Überwachung und die Überprüfung auf „Verfassungstreue“

Fortgesetzt auf Seite 4

Februar 1999: Hunderttausende Metallarbeiter in ganz Deutschland in Warnstreiks (im Bild: BMW-Werk in Berlin) zeigen die potentielle Macht der multiethnischen Arbeiterklasse. Eingewanderte Arbeiter sind strategischer Bestandteil des Industrieproletariats



## Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 3

vor sowie die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. Wie die Presseerklärung des SPD-Innenministers Schily gegenüber den CDU/CSU-Vorwürfen klarstellte: „Das von uns geplante Staatsbürgerschaftsrecht verschärft die Bedingungen für den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft und verhindert, daß Extremisten und Gewalttäter deutsche Staatsbürger werden können.“ Die SPD/Grünen-Regierung erklärte die Kurden, die gegen die Verhaftung des PKK-Führers Öcalan protestierten, zum „Staatsfeind



Reuter

### Paris, 1996: Proteste gegen rassistische Abschiebungen, unterstützt von Gewerkschaftskontingenten

Nr. 1“ und fing sofort an, Teilnehmer an den Protesten so schnell wie möglich in die Folterkeller des bonapartistischen türkischen Regimes abzuschicken. **Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!**

Darüber hinaus raubt der SPD-Gesetzentwurf allen, die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erhalten, die Möglichkeit zur deutschen Staatsbürgerschaft. Und die wenigen Flüchtlinge, denen es noch gelingt, in die rassistische „Festung Europa“ reinzukommen, nachdem die SPD entscheidend zur faktischen Vernichtung des Asylrechts beigetragen hatte, werden durch Arbeitsverbote und rassistischen Staatsterror unterdrückt und verfolgt. So werden Arbeiter gegen Arbeitslose, Immigranten gegen Flüchtlinge und alle gegeneinander aufgehetzt. Wir fordern: **Weg mit allen „Ausländer“gesetzen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!** Durch die staatlichen Angriffe auf Immigranten und Flüchtlinge erhalten die Nazis weiteren Aufwind bei ihrem mörderischen Terror auf den Straßen. **Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!**

Auf dem Höhepunkt der SPD/Grünen-Hetzjagd auf die Kurden standen die zwei Millionen Arbeiter der IG Metall zum Streik gegen ihren gemeinsamen Klassenfeind bereit. Eine typische Szene der IG-Metall-Warnstreiks zwei Wochen vor der Ermordung der kurdischen Demonstranten am israelischen Konsulat in Berlin: Tausende Arbeiter – kurdischer, türkischer, osteuropäischer und deutscher Herkunft, Männer und Frauen – marschieren geschlossen in Berlin-Marienfelde zur IG-Metall-Kundgebung, während die Produktion ruht. Ein wirklicher Streik der IG Metall, in dem deutsche, türkische und kurdische Arbeiter Schulter an Schulter stehen – zeitgleich mit den kurdischen Massenprotesten für die Freiheit von Öcalan und gegen die Verfolgung von Kurden in Deutschland und in der Türkei –, hätte eine Öffnung für unser revolutionäres Programm darge-

stellt, mit dem wir für die Einheit der Arbeiterklasse gegen dieses kapitalistische System, das auf dem rassistischen Teile-und-Herrsche-Prinzip beruht, intervenieren.

Um jeden Ansatz für gemeinsamen Klassenkampf im Keim zu ersticken, beugte sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie rasch der „Schlichtung“ ihrer SPD/Grünen-Regierung und würgte den Streik ab. Damit die soziale Macht der Arbeiterklasse entfaltet werden kann, kämpfen wir Trotzlisten für Losungen wie die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, als Teil unserer Perspektive, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren. Das bedeutet vor allem, gegen den deutschen Nationalismus zu kämpfen, der von der SPD geschürt wird, sowie gegen den türkischen, kurdischen und serbischen Nationalismus unter den doppelt unterdrückten eingewanderten Arbeitern, um die fortgeschrittensten Arbeiter für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie zu gewinnen. Deutsche und eingewanderte Arbeiter gehen vereint vorwärts oder werden gespalten und zurückgeschlagen. Um die Interessen des Proletariats durchzusetzen, ist eine revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei notwendig, die kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt. Diese Partei, für die wir Spartakisten zusammen mit unseren Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen, wird in dem Kampf geschmiedet werden, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und die eingewanderten Arbeiter zu organisieren.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion, die zu Massenelend und zum Anstieg von Nationalismus und Rassismus geführt hat, sieht die Bourgeoisie keinen Grund mehr, den „Sozial“staat aufrechtzuerhalten. Als Teil ihrer Offensive, die Ausbeutungsrate drastisch zu erhöhen, treibt sie auf den Baustellen die Löhne massiv nach unten und nutzt dazu die rechtlose Situation der Arbeiter aus Süd- und Osteuropa aus, um die Gewerkschaften zu schwächen und die Spaltung zwischen deutschen und eingewanderten Arbeitern zu vertiefen. Gleichzeitig sieht sie Teile der eingewanderten Arbeiter und der Jugendlichen der zweiten und dritten Generation als ökonomisch überflüssig an sowie als Quelle sozialer Unruhen, die ihren imperialistischen Ambitionen auf dem Balkan und im Nahen Osten im Wege stehen könnten.

In ganz Europa wurden sozialdemokratische Parteien an die Macht gebracht, weil diese bürgerlichen Arbeiterparteien – wie Lenin 1914 sie treffend charakterisierte, als die SPD die Arbeiter für den imperialistischen Raubkrieg in die Schützengräben trieb – gegenwärtig **ein effektiveres Instrument** für die Bourgeoisie sind, den Arbeitern die reaktionären Angriffe reinzuwürgen. Schon Jospins Sozialistische Partei in Frankreich hat gezeigt, was von den sozialdemokratischen Regierungen zu erwarten ist: Ein Großteil der „Sans papiers“ (Immigranten ohne Papiere) ließ sich registrieren, aber nur etwa die Hälfte kriegte die Papiere, alle anderen sind jetzt von Abschiebung bedroht! Als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus ist es die Aufgabe der SPD – die eine proletarische Basis hat, aber ein durch und durch bürgerliches Programm –, Angriffe wie das jetzige Gesetz durchzusetzen. Wir Trotzlisten haben zu den Wahlen 1998 erklärt: „SPD/PDS: rassistische Abschieber, imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!“

Die Pseudotrotzlisten, die zur Wahl der SPD aufgerufen haben, tragen ihren Teil der Verantwortung für die jetzigen Angriffe. Das gilt genauso für den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), der zur Wahl der PDS aufgerufen hat: Die PDS hat von Anfang an die SPD/Grünen-Regierung

Fortgesetzt auf Seite 27

## „Linke“ suhlen sich in „Menschenrechts“-Imperialismus

# IKL-Proteste fordern: Verteidigt Serbien gegen NATO-Terrorbombardierung!

Als die NATO mit den militärischen Angriffen gegen Serbien begann, trat die Internationale Kommunistische Liga sofort als einheitliche leninistische internationalistische Organisation gegen den imperialistischen Krieg in Aktion. Weltweit brachten unsere Genossen Flugblätter heraus, initiierten Protestkundgebungen und intervenierten bei anderen Protesten, um unsere einzigartige revolutionäre Perspektive für die *Verteidigung Serbiens gegen imperialistische Angriffe* und für die *Niederlage des Imperialismus durch Arbeiterrevolution* bekanntzumachen.

Während die sogenannten „Linken“ versuchen, Opposition gegen den Krieg in parlamentarische Manöver für eine „humanere“ imperialistische Politik umzulenken, kämpft die IKL dafür, der Antikriegsstimmung unter Arbeitern und Jugendlichen, die schon in diesen ersten Tagen der Bombardierung offensichtlich ist, einen organisierten anti-kapitalistischen Ausdruck zu geben. Wir kämpfen darum, das Bewußtsein der Arbeiterklasse voranzubringen zu dem Verständnis, daß ein proletarischer, revolutionärer, internationalistischer Kampf nötig ist gegen das kapitalistische System, das den Krieg hervorbringt. Bei einer Pariser Demonstration zur Verteidigung „illegaler“ Immigranten (sans-papiers) am 26. März trugen unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) ein Plakat mit der Aufschrift: „Deportationen aus Roissy, Bombardierung des Kosovo, Polizeiterror in den Ghettos: Diese Regierung ist kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch!“ Diese Losung erntete Zustimmung bei den eingewanderten Arbeitern – und Ablehnung von den Pseudolinken, die die SP-geführte Volksfrontregierung unterstützen.

Die Ex-Stalinisten, Sozialdemokraten und „New Labour“, die heute das kapitalistische Frankreich, Italien,

Deutschland und Britannien regieren, sind *noch* kriegslüsterner als ihre rechten Vorgänger, teilweise weil die arroganten Führer dieser verräterischen bürgerlichen Arbeiterparteien glauben, sie könnten die Bevölkerung für dumm verkaufen. Damit kommen sie nicht durch. In Deutschland traten Mütter von Soldaten, die ins Aufmarschgebiet der Bundeswehr in Mazedonien geschickt worden sind, dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Scharping in einer Fernsehtalkshow entgegen und drohten, eine Delegation zu serbischen Müttern zu schicken, um gemeinsam ein Ende des Krieges zu fordern.

In ganz Westeuropa sind Hunderttausende Arbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien ins Industrieproletariat integriert. Vereint mit dem übrigen Proletariat im gemeinsamen Klassenkampf gegen kapitalistischen Kahlschlag und imperialistischen Krieg können sie eine machtvolle Rolle spielen, um das Gift des Chauvinismus niederzukämpfen, das die sozialdemokratischen Herrscher benutzen, um die Arbeiter zu spalten. Die deutsche Presse peitscht Angst und Abscheu gegen den „Feind im Inneren“ hoch, die angebliche „Gefahr“ durch Hunderttausende Serben, die in Deutschland leben. Diese neuerliche rassistische Drohung gegen Immigranten brachte viele dazu, sich für die IKL und die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) zu interessieren, die nach der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan aktiv Kurden verteidigt hat, denen Massendeportationen drohen. Ein serbischer Arbeiter, der bei einem Protest in Hamburg unsere Zeitung kaufte, rief aus: „Wißt ihr, 20 Jahre lang haben meine Kollegen in der Fabrik mir die SPD eingeredet. Aber morgen gebe ich meine SPD-Mitgliedskarte zurück.“

Fortgesetzt auf Seite 6



## Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

### BERLIN

- 22. April: **Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg**
- 6. Mai: **Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!**
- 27. Mai: **Trotzkismus, was er ist und was er nicht ist**
- 17. Juni: **Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution**

Alle Veranstaltungen finden in der Humboldt-Uni, Seminar-gebäude am Hegelplatz, Raum 207, um 18.30 Uhr statt.  
Kontakt: (030) 443 94 00

### HAMBURG

- 21. April: **Revolution kontra Reform**
- 12. Mai: **Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg**
- 2. Juni: **Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!**
- 23. Juni: **Die Lehren der bolschewistischen Revolution von 1917**

Alle Veranstaltungen finden in der Teestube im Pferdestall, Uni Hamburg, Allende-Platz 1, um 18.30 Uhr statt.  
Kontakt: (040) 3236 44

## „Linke“ suhlen sich...

Fortsetzung von Seite 5

Die Ex-Stalinisten der PDS, die den deformierten Arbeiterstaat DDR an die westdeutschen Bankiers ausverkauft haben, wollen sich nun als „linke“ Opposition im Parlament etablieren und agieren als Makler von „Friedens“-Kundgebungen mit explizit prokapitalistischer Stoßrichtung: für eine „bessere“ imperialistische Außenpolitik, eine „europäische Sicherheitslösung“, basierend auf der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und unabhängig vom amerikanischen Militärkoloss. Als auf einer Kundgebung am 27. März in Berlin der PDS-Chef Gregor Gysi aufs Podium trat, hielt die SpAD Plakate hoch: „PDS-Ruf nach UNO- und OSZE-Intervention ist sozialchauvinistisches Feigenblatt für imperialistischen Angriff!“ und „PDS verkaufte DDR an Bourgeoisie von Auschwitz aus!“ Während einige PDS-Mitglieder völlig in Rage gerieten, griffen sich Demonstranten die *Spartakist*-Ausgaben mit dem Titel „Keine Stimme für SPD, PDS!“ und „SPD herrscht für rassistischen deutschen Imperialismus“. Bei all diesen Demonstrationen trennte unser Plakat „Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!“ schnell die antifaschistischen Arbeiter aus Ex-Jugoslawien von den rechten serbischen Tschetnik-Monarchisten.

Auch die französische Kommunistische Partei (KPF), die Bestandteil der kapitalistischen Volksfrontregierung ist, schwelgt in antiamerikanischem Chauvinismus, um ihre Unterstützung für die eigene herrschende Klasse abzudecken. Der KPF-Führer Robert Hue verurteilt zwar die NATO-Bombardierung, stellt aber die vom Imperialismus diktierten „Verhandlungen“ – diese französische Farce im Schloß von Rambouillet – als eine vertane Chance dar für eine „politische Lösung dieses unerträglichen Konflikts“. Wie unsere Genossen der LTF in ihrem Flugblatt schrieben: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik und Diplomatie mit anderen Mitteln: Die Rambouillet-Gespräche waren das Feigenblatt für die imperialistische Besetzung des Kosovo, mit oder ohne Bombardierungen.“

Italien, auf der anderen Seite der Adria, dem Gemetzel genau gegenüber und übersät mit NATO-Militärbasen, wurde durch den Krieg auf dem Balkan in eine neue politische Krise gestürzt. Die dortige Volksfrontregierung hatte die albanischen Flüchtlinge, die ins Land strömten, brutal unterdrückt. Unsere Genossen der Lega Trotskista d'Italia (LTd'I) sind die einzigen, die für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpfen und zur Verteidigung Serbiens und für die Niederlage der italienischen herrschenden Klasse und aller Imperialisten aufrufen. Rifondazione Comunista (RC), die im letzten Jahr die kapitalistische Kahlschlagregierung verlassen hatte, um ihre unruhige Arbeiterklassenbasis bei der Stange zu halten, tritt jetzt als eine „Antikriegs“partei auf.

Bei einer Protestkundgebung auf dem Campus in Neapel nahmen unsere Genossen diese Pose auseinander, sie verwiesen auf die Einheit von RC mit der italienischen Bourgeoisie: „Als RC Teil der Regierung war, vertuschten sie die Verbrechen des italienischen Imperialismus in Somalia und stellten das italienische Protektorat über Albanien wieder her, das unter Mussolini existiert hatte. Sie stimmten für die Gesetze, die für Immigranten Haftlager und Visa-Quoten einführen.“

### Trommler für „Menschenrechts“-Imperialismus

Unsere revolutionäre Opposition gegen den Krieg steht im scharfen Gegensatz zu den Pseudotrotzkisten, die die Illusion verbreiten, die imperialistischen Kriegshetzer könnten unter Druck gesetzt werden, um ihren Terror einzuschränken. Demonstrationen, zu denen selbsternannte

Sozialisten in den USA und in Europa aufgerufen haben, konzentrierten sich auf Meckern und Flehen: „Stoppt die Bombardierung“. Aber der blutige Terror gegen schwächere Nationen, gegen koloniale und halbkoloniale Länder, ist ein untrennbarer Bestandteil des imperialistischen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung. Die reformistische britische Socialist Workers Party (SWP) und ihre internationalen Gruppen (Linksruck in Deutschland, International Socialist Organization in den USA) bejubelten die kapitalistischen Konterrevolutionen in der Sowjetunion und Osteuropa – angefangen mit der polnischen Solidarność in den 80er Jahren –, die das Vorspiel für diesen Balkankrieg waren. Bei einer Protestkundgebung am 26. März in Warschau brüllten diese Hochjubler der Reaktion von Solidarność und des antikommunistischen polnischen Nationalismus: „Moskau hatten wir schon, Washington wollen wir nicht“. Damit versuchten sie, unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski zu überschreien, als sie riefen: „Verteidigt Serbien! Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus und seinen polnischen Lakaien!“ Das Hauptbanner der Pseudolinken, denen es nie an Chutzpe mangelt, war bei der Warschauer Demonstration: „Make Love, Not War“ – in einem Land, wo die Solidarność-Konterrevolution, die diese Pseudolinken unterstützt haben, die Rechte der Frauen auf Abtreibung und Geburtenkontrolle praktisch vernichtete!

In London vereinigte sich die britische SWP am 25. März mit einem serbisch-nationalistischen Kontingent vor der Downing Street Nr. 10 und skandierte: „Blair und Clinton wegen Mordes gesucht“. Wie unsere Genossen der Spartacist League/Britain in ihrem Flugblatt schrieben: „Das waren die ‚Sozialisten‘, die ‚außer sich vor Freude‘ waren, als Blair gewählt wurde.“ SWP-Mitglieder, die entsetzt sind über die Kriegsbrutalität auf dem Balkan, sollten einen Blick über die Irische See werfen und fragen, warum ihre Partei sich weigert, sich gegen die Anwesenheit bluttriefender britischer Truppen in Nordirland zu stellen!

Die IKL steht in der Tradition W.I. Lenins, der beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs scharf mit der Zweiten Internationale des Sozialchauvinismus und des reaktionären Patriotismus brach. „Sozialismus und Krieg“ ist ein machtvolles Handbuch des revolutionären Internationalismus, geschrieben 1915 und unter Arbeitern und Soldaten in ganz Europa mitten im Schmelztiegel des Krieges klandestinität verbreitet. Es lehrt uns:

„Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‚Weder Sieg noch Niederlage‘ stehen gleichermaßen auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen.“

Lenin betonte, daß es im Falle eines imperialistischen Krieges gegen ein kleines oder halbkoloniales Volk nicht nur die Pflicht der Arbeiterklasse ist, für die Niederlage ihrer „eigenen“ Regierung zu kämpfen, sondern auch die Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. Darum ruft die IKL zur Niederlage der US/NATO-Imperialisten und zur Verteidigung Serbiens auf! Wir forderten das Recht auf Selbstbestimmung für die albanische Bevölkerung des Kosovo gegen das serbisch-chauvinistische Regime in Belgrad, bis die albanischen Separatisten zu einem bloßen Handlanger der räuberischen NATO-Pläne wurden. Für Marxisten ist jetzt das demokratische Recht auf Selbstbestimmung notwendigerweise dem Kampf gegen die imperialistische Bombardierung und den angedrohten Einmarsch untergeordnet.

Die Pseudotrotzkisten versuchen, ihre Unterstützung für die kapitalistischen Herrscher dadurch zu tarnen, daß sie

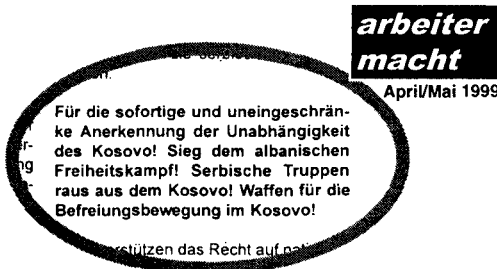
ihre Aufrufe auf „Stoppt die Bombardierung“ beschränken, *gleichzeitig bombardieren sie die Arbeiter mit sozialchauvinistischem Dreck, es sei notwendig, Serbien zu zerschlagen!* Diese angeblichen Linken haben die Kosovo-Albaner zu ihrer Cause célèbre gemacht genau zu dem Zeitpunkt, wo Kosovo der Kriegsschrei für eine imperialistische Invasion des Balkans geworden ist. Die französische Organisation Lutte Ouvrière (LO), die zu trauriger Berühmtheit gelangt ist wegen ihrer Weigerung, die besondere Unterdrückung unter dem Kapitalismus anzusprechen – ob es nun rassistische, nationale oder Unterdrückung von Frauen betrifft – hat plötzlich die serbische Unterdrückung der Kosovo-Albaner entdeckt, um die französische Militärintervention als „humanitär“ ausgeben zu können. LO schreibt: „Die Bevölkerung albanischer Herkunft hätte vielleicht eine zeitweilige Atempause vor den Verbrechen, die die serbischen Truppen begehen; aber ihre Bestrebungen wären nicht erfüllt“ (*Lutte Ouvrière*, 26. März). Alain Krivines Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) trug bei einer Demonstration am 26. März folgendes Banner: „Weder Milosevic noch NATO. Selbstbestimmung für Kosovo!“ Am Tag zuvor hatte Krivine losgedonnert: „Das Belgrader Regime muß isoliert werden, und dem Volk im Kosovo müssen alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, einschließlich militärischer Mittel, um sein Leben zu verteidigen und seine Freiheit durchzusetzen.“ Die Einheit zwischen diesen Heuchlern, die sich als „Antikriegs“-bewegung ausgeben, und den imperialistischen Kriegstreibern kann gar nicht klarer sein.

Der Krieg testet das Rückgrat revolutionärer Parteien und ihren Willen, dem Druck des Sozialchauvinismus zu widerstehen. Die imperialistische Bombardierung des Balkans hat enthüllt, daß die britische zentristische Gruppe Workers Power (WP) eine zerschmetterte Wirbelsäule hat. *Workers Power* (März 1999) setzt groteskerweise die serbischen Opfer der mörderischen NATO-Luftschläge mit den imperialistischen Mächten gleich, die Tod und Zerstörung herabregnen lassen, und erklärt: „Für uns sind in diesem Konflikt der NATO-Imperialismus und die serbischen Kräfte gleichermaßen reaktionär.“ WP setzt auf bürgerliche Propaganda für den Krieg im Balkan noch eins drauf und schreibt: „Sieg dem nationalen Befreiungskampf im Kosovo!“ und fordert: „Waffen, medizinische Versorgung, Nahrungsmittel für die Kosovaren, ohne Bedingungen!“ Daß sie dann „Nein zur NATO-Bombardierung Serbiens!“ nachschieben, ist nur eine fadenscheinige Hülle, hinter der sie ihre Kapitulation vor ihrem eigenen Imperialismus verstecken.

Der Zentrismus ist, wie alle Sorten des Opportunismus, von Natur aus nationalistisch. Der Ausbruch des Krieges hat die „Internationale“ von Workers Power in gegnerische Stücke zerbrochen, so wie Schutt im Kriegsgebiet in kleine Stücke zerbombt wird. In Frankreich, wo bei Demonstrationen gegen den Krieg bis zu 10000 Leute auf die Straße gingen, darunter Tausende von Serben, die vor einer Generation nach Frankreich kamen, um in der Industrie zu arbeiten, druckte Pouvoir Ouvrier (PO) die Propaganda ihrer britischen Genossen ab, ließ aber die ungeheuerlichste



**Pro-NATO-Demonstration von kosovo-albanischen UCK-Anhängern zeigt mörderische Logik des Nationalismus. Pseudotrotzkisten von GAM und RSB unterstützen „Bodentruppen“ des Imperialismus**



Für die sofortige und uneingeschränkte Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo! Sieg dem albanischen Freiheitskampf! Serbische Truppen raus aus dem Kosovo! Waffen für die Befreiungsbewegung im Kosovo!

**arbeiter  
macht**

April/Mai 1999

undatiert  
**Revolutionär-  
Sozialistischer Bund**

**Weder NATO, noch Milosevic**  
Recht auf Selbstbestimmung für Kosovo

Am 24. März grüßte Deutschland und andere NATO-Staaten die Republik Jugoslawien an. Zum ersten mal seit 1945 führt Deutschland wieder Krieg. Die Verfassung der BRD wurde übertragen, die jugoslawische Agrarstruktur verboten (für SOG) und unter Strafe stellt (1) 80 SOG). Die neue NATO-Straße, wurde und überall ausgetragen, wo es einem paßt, wird in die Praxis umgesetzt.

Doch mit diesem Krieg wird den nationalitäten Wahn und dem Märden in Jugoslawien und auf dem Balkan keine Ende werden. In Caporetto. Katastrophales Problem wird gelöst: Der serbische

Aussage, in der die NATO-Imperialisten mit den Serben gleichgesetzt werden, *weg*. Die Jugendgruppe von PO setzte angesichts dieser großen Proteste ihr linkes Gesicht auf und fügte die Losung hinzu: „Für die Niederlage des NATO-Angriffs gegen Serbien und Montenegro.“

Aber in Österreich – historisch feindlich gegen Serbien – legte die mit WP verbundene Gruppe eine Kriegsbegeisterung an den Tag, die Bill Clinton in den Schatten stellt, und bezog unverfroren die Seite der Imperialisten *gegen* Serbien. Sie jammerte, daß sich die Bombardierung wegen der Friedensgespräche in Rambouillet verzögere, höhnte über „den erniedrigenden Rückzieher der USA und Britanniens bezüglich der Luftangriffe gegen die SerbInnen“ und beklagte sich: „Trotz des kriegerischen Getöses der US-Staatssekretärin Madeleine Albright wird aller Wahrscheinlichkeit nach kein Haus zerbombt werden – zumindest auf serbischer Seite“ (*ArbeiterInnenstandpunkt* Nr. 97, März 1999). Die deutsche Gruppe Arbeitermacht, die vor den großen PDS-organisierten Demonstrationen kapituliert, sagt: „Wir verteidigen Serbien und Montenegro bedingungslos gegen die Angriffe der NATO“ (Flugblatt vom 25. März) – und drängte dann auf Unterstützung der kosovo-albanischen Nationalisten ... die explizit nach der Entsendung von NATO-Bodentruppen gegen Serbien rufen!

Versteckt sich die britische Gruppe Workers Power in einem Luftschutzkeller? Sie wurde bei keinem einzigen Antikriegsprotest in London gesehen, seit die Bombardierung begann! Währenddessen suchen ihre deutschen Genossen das Weiße, wenn sie auf die aggressiv proimperialistische Linie ihrer österreichischen Gruppe angesprochen werden! Was wir bei Workers Power sehen, ist der Zerfall dieser pseudotrotzkistischen „Internationale“ entlang nationaler Linien. Als sich der zweite Kalte Krieg zur Weißglut erhitzte über die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan – und unter dem Einfluß der einzigartigen Unterstützung der Spartacist-Tendenz für die Intervention der Roten Armee und unseres Aufrufs, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans auszuweiten –, gab Workers Power formal ihre anti-sowjetische „Dritte-Lager“-Politik auf und schwankte fortan zwischen den Zugkräften von Revolution und Konterrevolution ... nur um dann entkräftet im Lager der proimperialistischen Konterrevolution zusammenzubrechen. Seither gab es einen harten Ruck nach rechts, besonders durch die Unterstützung von WP für Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion. Anfang der 90er Jahre machte WP eine

Fortgesetzt auf Seite 8

## Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 2

bank führte.“ Für den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg sind die SPD/Grünen genau die Oberkommandierenden, die die Bourgeoisie jetzt braucht. Wie die *Berliner Zeitung* bemerkte: „Daß eine rot-grüne Regierung Einheiten der Bundeswehr zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik in einen Kampfeinsatz führt, erspart dem Land einen unproduktiven ideologischen und politischen Streit.“ Im Interesse des deutschen Kapitals benutzen die Sozialdemokraten ihre Verankerung in der Arbeiterklasse, um durch „Menschenrechts“-heuchelei und rassistischen Terror im eigenen Land die Arbeiter zu reglementieren und in den imperialistischen Krieg zu jagen. Schröder/Fischer geht es darum, die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über den Balkan zu sichern.

Obwohl die Imperialisten jetzt den Anschein erwecken wollen, daß sie geschlossen gegen Serbien vorgehen, verschärfen sich mit jedem Tag die imperialistischen Rivalitäten. Der US-Imperialismus setzt auf die NATO und hebelt die UNO aus, um seine Rolle als der unangefochtene „Weltpolizist“ geltend zu machen und seine militärische Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten. Die US-geführten Militäraktionen gegen Serbien sind wie die Bombardierungen des Irak letztlich gegen die Interessen seiner genauso raubgierigen imperialistischen Haupttrivalen Deutschland und Japan gerichtet, wobei Deutschland den Balkan als seinen Hinterhof betrachtet. Gerade auf dem Balkan verfolgt der deutsche Imperialismus seine eigenen strategischen Interessen, um über den Landweg an das Öl des Nahen Ostens und des Kaukasus heranzukommen.

Die PDS, die sich als „Anti-Kriegspartei“ profilieren will, ist ausdrücklich für *imperialistische Intervention* und sucht mit ihren Aufrufen nach einer stärkeren Rolle von OSZE und UNO nach einem Militärbündnis unter deutscher

Führung. Wie schon bei der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR verbreitet sie die Illusion, es könne einen „friedlichen“ Imperialismus geben, der nicht im Profitinteresse der herrschenden Klasse funktioniert. Sie will damit die Arbeiter und Jugendlichen, die gegen den Krieg auf die Straße gehen, in den Dienst der langfristigen Interessen der deutschen Bourgeoisie stellen. Marxisten dagegen verstehen, daß der deutsche Staat in Wirklichkeit eine Diktatur der Bourgeoisie ist, ein Instrument der blutigen Unterdrückung, durch das die Kapitalisten ihre Ausbeutung der Arbeiter in diesem Land und auf der ganzen Welt aufrechterhalten.

Die OSZE-„Beobachter“, nach denen Gysi schreit, dienen der Durchsetzung des imperialistischen Diktats auf dem Balkan, abgesichert durch die Bundeswehrtruppen in Mazedonien. Die OSZE schließt neben den USA alle europäischen Länder ein, so daß Deutschland eine größere Rolle spielen und Rußland einbinden kann. Und die UNO war das Feigenblatt für die imperialistischen Bombardierungen des Irak. Wie Lenin über ihren Vorgänger Völkerbund sagte, ist sie eine imperialistische Räuberhöhle! Die PDS war 1991 für die UN-Hungerblockade gegen den Irak, die Hunderttausenden, hauptsächlich Alten, Frauen und Kindern, das Leben kostete, und 1995 trat sie für die UN-Sanktionen gegen Serbien ein. Die UN-Blockade ist eine Kriegsmaßnahme – Nieder mit der UN-Blockade! Bundeswehr/NATO/UNO – Raus aus dem Balkan! Verteidigt Serbien gegen Bundeswehr/NATO-Angriffe!

Die PDS verfolgt im wesentlichen die gleiche Linie wie die Jusso-Vorsitzende und begeisterte Lafontaine-Anhängerin Andrea Nahles und andere SPD-Abgeordnete, die in einer Erklärung warnten: „Die vergangene Nacht hat eine ‚neue NATO‘ gezeigt, die wir nicht wollen... Rußland wird brüskiert und vor den Kopf gestoßen. Das wirft die Bemühungen um die kooperative Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur zurück“ (*junge Welt*, 27./28. März). Hinter dem Antiamerikanismus der PDS und des Lafon-

## „Linke“ suhlen sich...

Fortsetzung von Seite 7

Kampagne für „Arbeiterhilfe für Bosnien“, was wir damals als „Vorwand für eine NATO-Intervention“ gegen die Serben zugunsten des bosnisch-muslimischen Regimes anprangerten (*Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Diese schmutzige Episode bereitete die heutige offene Unterstützung von WP für den imperialistischen Feldzug auf dem Balkan vor. „Menschenrechts“-Imperialismus? Erzählt das den serbischen Frauen und Kindern, deren Häuser zerbombt wurden, oder den albanischen Flüchtlingen, die aus dem Kriegsgebiet flüchten in NATO-Länder, die sie nicht reinlassen wollen!

IKL-Sektionen haben überall, auch in Ländern, die vom unmittelbaren Konflikt weiter entfernt sind, als revolutionäre Internationalisten gegen diesen Krieg agitiert. So wurde durch Kundgebungen auf dem UNAM-Campus in Mexico City die „Menschenrechts“-Heuchelei der USA auf dem Balkan entlarvt, indem unsere Genossen auf die Realität der Unterdrückung durch den Yankee-Imperialismus in ganz Lateinamerika verwiesen. In Südafrika organisierten unsere Genossen eine Kundgebung an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg und stellten den Bezug zu Südafrika her. Gegen die Illusionen, die die Kommunistische Partei Südafrikas (SACP) verbreitet, deren einziger Einwand gegen die Bombardierung darin besteht, daß sie nicht unter der blauen Flagge der Vereinten Nationen stattfindet, heißt es im Flugblatt unserer Genossen:

„Die SACP verbreitet Illusionen in die gleiche imperialistische Körperschaft, deren ‚Friedens‘-Missionen – von

Korea über den Kongo bis zum Irak – ein Feigenblatt für imperialistische Massaker sind... Als diese [südafrikanische] streikbrecherische kapitalistische Regierung letztes Jahr Truppen nach Lesotho schickte, stand die reformistische SACP fest hinter ihr. Von Angola über den Kongo bis Libyen schlugen bürgerliche Nationalisten in Südafrika und dem übrigen Afrika OAU [Organisation Afrikanischer Einheit]- oder UNO-‚Friedensstifter‘ vor, während sie in der Praxis die imperialistische Versklavung verewigen... Wie Lenin sagen wir, daß der einzige Weg zur Zerschlagung des imperialistischen Terrors und des kapitalistischen Elends die sozialistische Revolution ist. In der ganzen Welt kämpfen wir dafür, der Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe bewußt zu machen, nämlich die barbarische Herrschaft des Kapitals hinwegzufegen und den Kampf für neue Oktoberrevolutionen zu führen.“

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat eine besondere internationalistische Pflicht, in die Arbeiterklasse ihres Landes, dessen herrschende Kapitalistenklasse die grausamste imperialistische Bestie auf Erden ist, revolutionäres Bewußtsein hineinzutragen. Das gleiche gilt für die Spartacist League/U.S., deren „eigener“ Imperialismus heute über den größten Mordapparat verfügt. Wie der Spartacist-Sprecher bei unserem Protest an der University of Illinois in Chicago erklärte: „Wir in der Höhle der imperialistischen Bestie haben die Verpflichtung, die Klasse zu organisieren, die das Interesse und die Macht dazu hat, dieses raubgierige blutrünstige System durch eine proletarische Revolution zu Fall zu bringen. Antiimperialismus heißt Klassenkampf im eigenen Land!“

*Nach Workers Vanguard Nr. 710, 2. April 1999*



taine-Flügels steht der deutsche Nationalismus, der das Interesse der Kapitalistenklasse widerspiegelt, die von Deutschland beherrschte rassistische „Festung Europa“ in Konkurrenz zu seinen imperialistischen Rivalen weiter auszubauen und die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. Wir sagen: Stürzt den deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Deutschland hat 1991 im Alleingang die Abtrennung von Kroatien und Slowenien durchgedrückt, was die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien besiegelte. Inzwischen ist die D-Mark in Slowenien, Kroatien und ganz Bosnien-Herzegowina die Leitwährung. Damit hat sich der deutsche Imperialismus auf dem nördlichen Balkan halbkoloniale Klientenstaaten geschaffen, als Sprungbrett für die Beherrschung weiterer Teile des Balkans. Wichtige Sprecher der Bourgeoisie, darunter Spitzenpolitiker der SPD, treten heute offen gegen den NATO-Angriff auf. Vom früheren CDU-Verteidigungsminister Rühle und dem Mitglied der CDU-Stahlhelm-Fraktion Dregger über den ehemaligen Hamburger Bürgermeister Voscherau, der für die schlimmste rassistische Wahlkampagne der SPD berüchtigt wurde, bis zum SPD-Altbundeskanzler Helmut Schmidt kam vehemente Kritik an der Bundeswehr/NATO-Bombardierung. Der alte „NATO-Kanzler“ Schmidt, der in den 80er Jahren die Stationierung von US-Pershings in Westdeutschland durchsetzte, wird in der *Frankfurter Rundschau* (3. April) zitiert: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen mißachtet.“

Wie wenig dieser Antiamerikanismus mit einer „friedlicheren“ imperialistischen Politik zu tun hat, zeigt das Beispiel des Sozialdemokraten Koschnick, der jahrelang als „EU-Administrator“ in Mostar war und heute statt des NATO-Bombenangriffs deutsche Bodentruppen gegen Serbien losschicken will, was zu einer weiteren Eskalation des blutigen Gemetzels führen würde. Der imperialistische Juniorpartner des Vierten Reichs, Österreich, hat zwar dem Bundeswehr/NATO-Einsatz Überflugrechte verweigert, gleichzeitig rief der EU-Sondergesandte im Kosovo, der österreichische Sozialdemokrat Petritsch, zum Einsatz von Bodentruppen auf – wie schon bei der Abtrennung von Slo-



EUPRA

**Titos Partisanen in Jugoslawien vertrieben Nazis, als die Rote Armee Hitler-Deutschland zerschlug. Sie durchbrachen die nationalen Gegensätze, besiegten Tschetnik-Monarchisten und Ustascha-Faschisten**

wenien und Kroatien fungiert Österreich oft als Sprachrohr deutscher Interessen.

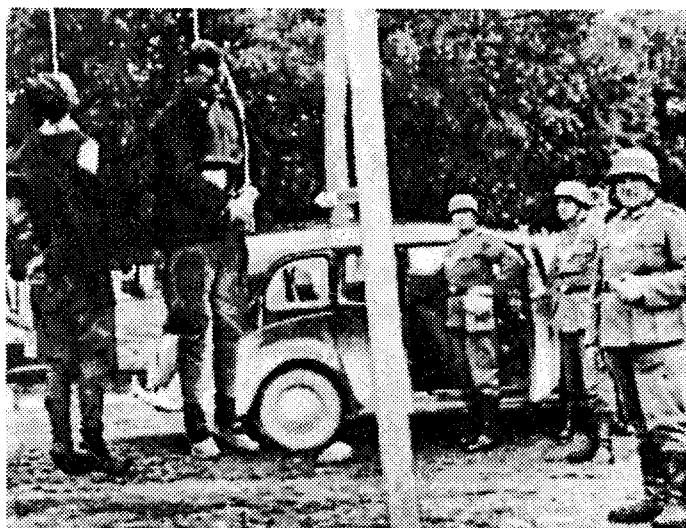
Dieser deutsche Nationalismus findet seinen extremen Ausdruck in der Nazi-Hetzpropaganda gegen einen „Mißbrauch der Bundeswehr“ als „Handlanger amerikanischer Globalstrategien“. Die faschistische NPD hat bereits Aufmärsche unter der demagogischen Parole „Wir wollen Arbeit – nicht Krieg“ angedroht. Dieser völkermörderische Abschaum muß gestoppt werden! Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten, die die soziale Macht haben, die Nazi-Banden zu stoppen, die erst Mitte Februar wieder in Brandenburg den algerischen Flüchtling Omar ben Noui ermordet haben. Nur durch die sozialistische Revolution können wir ein für alle Mal Schluß machen mit Nazi-Terror und imperialistischem Krieg. Um die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Klasseninteresse zu mobilisieren, ist ein scharfer politischer Kampf gegen die Sozialdemokraten von SPD und PDS und gegen die chauvinistische Gewerkschaftsbürokratie notwendig.

### Imperialistische Rivalitäten spitzen sich zu

Der NATO-Angriff auf Serbien hat auch zwischen den USA und Rußland, das seine vorrevolutionäre, zaristische Rolle als Schutz-Großmacht der Serben aufs neue geltend machen möchte, die Spannungen rapide verschärft. Die deutsche Bourgeoisie sieht darin eine Öffnung, um ihre eigenen Interessen voranzubringen. Als der russische Premierminister Primakow Ende März nach Belgrad fuhr, um eine Vermittlerrolle zu spielen, erstattete er umgehend dem deutschen Kanzler Schröder Bericht. Zwar beteuerte Schröder, daß sich Deutschland nicht von seinem NATO-Verbündeten auseinanderdividieren lasse, doch weist diese Episode genau auf derartige Risse hin. Und nur wenige Tage später forderte im ZDF der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ichinger, einen „erneuerten Schulterschuß mit Rußland“.

Das SpAD-Flugblatt erklärte: „Zur Zeit agiert das kapitalistische Rußland als zurückhaltender Statthalter für die NATO, wobei die Verurteilung der NATO-Angriffe auf Serbien mit den Gelüsten Rußlands einhergeht, sich als regionale imperialistische Macht zu behaupten.“ Moskau hat inzwischen das erste Kriegsschiff ins Mittelmeer geschickt, und es gibt Spekulationen, daß das russische Militär Atomraketen nach Weißrußland verlegen könnte. Den westlichen Imperialisten ist durchaus klar, daß der jetzige soziale, wirt-

*Fortgesetzt auf Seite 10*



Tanjug

**Jugoslawische Partisanen, 1942 von der Nazi-Wehrmacht erhängt**

## Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 9

schaftliche und politische Zerfall des nachsowjetischen Rußland – das immer noch 7000 von der UdSSR geerbte Atomsprenköpfe besitzt – wahrscheinlich kein dauernder Zustand sein wird. Dabei sollte niemand daran zweifeln, daß die USA ihre Pläne für eine nukleare Kriegführung gegen Rußland aufbewahrt und auf den neuesten Stand gebracht haben, während Deutschland mit aller Macht seinen militärischen Aktionsradius ausweitet und weiter aufrüstet.

Zwar haben sich die meisten NATO-Verbündeten momentan den USA angeschlossen, doch forderten Griechenland und auch Italien – wo von 14 Luftwaffenbasen die Bombenangriffe gegen Serbien gestartet werden – bereits die Einstellung der Bombardierungen. Die sich weiter zuspitzenden imperialistischen Rivalitäten zeigen sich auch im wachsenden Handelskrieg zwischen den USA und Europa wie auch Japan. In den letzten paar Wochen haben die USA gegen die Europäische Union wegen der karibischen Bananenexporte Strafzölle verhängt und mit weiteren Sanktionen wegen des europäischen Einfuhrverbots von hormonbehandeltem amerikanischem Rindfleisch gedroht. Gleichzeitig war Deutschland in den letzten Jahren immer wieder im Konflikt mit Britannien und Frankreich, die in den beiden Weltkriegen die wichtigsten Großmacht-Alliierten Serbiens gegen Deutschland waren und heute versuchen, ihren Einfluß in der Region wiederherzustellen. Heute ist die NATO-Bombardierung ein Stolperdraht für einen ausgeweiteten und noch blutigeren internationalen Großbrand, der potentiell Griechenland, die Türkei und Rußland hineinzieht.

Seit Oktober 1917 waren sich alle imperialistischen Mächte einig, die Sowjetunion zu zerstören. Die Zerstörung der Sowjetunion, des weltweit ersten Arbeiterstaates, hat der sprunghaften Zunahme regionaler Kriege und imperialistischer Militärabenteuer den Weg gebahnt. Die nachsowjetische Welt am Ende des 20. Jahrhunderts gleicht immer mehr der Welt von vor 1914, die in dem vier Jahre andauernden Gemetzel zugrunde gerichtet wurde, das auf dem ganzen Kontinent wütete, als mit Hilfe der Sozialdemokratie Millionen europäische Arbeiter mit und ohne Uniform abgeschlachtet wurden. Der Erste Weltkrieg markierte den ersten weltweiten interimperialistischen Konflikt, eine blutige Bestätigung dafür, daß der Kapitalismus jede fortschrittliche Rolle ausgespielt hatte.

Der Führer der Bolschewiki, W. I. Lenin, rief die Arbeiter



Perry Kretz

**Mazedonien: Deutsche Panzer wieder gegen Serbien**

dazu auf, in allen kriegführenden Ländern den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) hielt sich an diese Kampfstrategie, und das Ergebnis war die Oktoberrevolution von 1917, die den kapitalistischen Staat zerschlug und das revolutionäre Rußland aus der imperialistischen Schlächtereier herausführte.

Zur Zeit sind wir nicht in einem neuen interimperialistischen Krieg, aber die Bombardierung Serbiens durch die größten und arrogantesten Militärmächte der Welt bedeutet eine gefährliche Eskalation der imperialistischen Aggression, wodurch die Differenzen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten noch verschärft werden. Als Marxisten widersetzen wir uns der räuberischen Aggression der deutschen herrschenden Klasse gegen Serbien. Ohne revolutionäre Opposition gegen diese Feldzüge wird das Verlangen des deutschen Imperialismus nach weiteren Eroberungen nur angestachelt werden und unausweichlich zum Weltkrieg führen, d. h. zu einem Ringen um die Neuaufteilung der Welt im Interesse wirtschaftlicher Ausbeutung und um Einflußsphären. *Hände weg von Serbien! Nieder mit dem deutschen Imperialismus! Für Arbeiterrevolution!*

Wie wir 1995 zur Zeit der Bundeswehr/NATO/UNO-Luftangriffe auf die bosnischen Serben schrieben (*Spartakist* Nr. 120, Oktober/November 1995):

„Der neue Balkankrieg ist sowohl das Produkt der konterrevolutionären Zerstörung des Sowjetblocks als auch eine Bühne für die verschärften interimperialistischen Rivalitäten in der nachsowjetischen Welt...“

Wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist der Balkan wieder das Pulverfaß Europas. Dieser blutige Konflikt weist auf die Notwendigkeit von trotzkistischen Parteien hin – die im Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut werden –, um gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu kämpfen, die die Macht haben, die Zivilisation, wenn nicht sogar die Menschheit selbst, zu zerstören.“

### Kapitalistische Konterrevolution entfacht neue Balkankriege

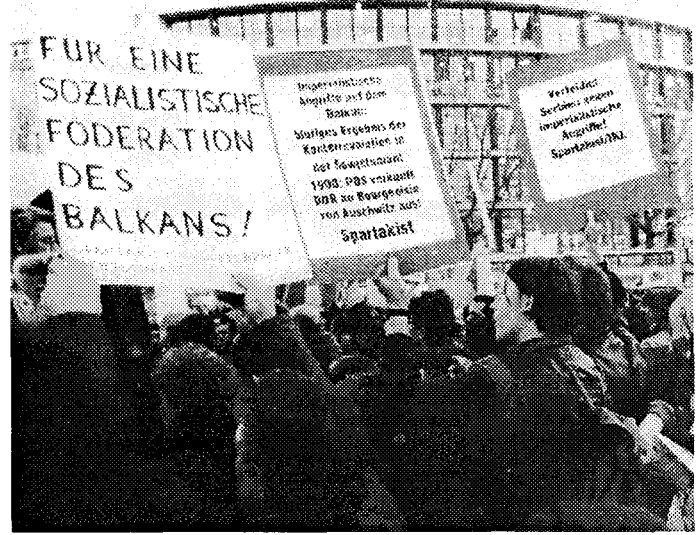
Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde im Zweiten Weltkrieg geboren, als Titos kommunistische Partisanen mit Erfolg die Besatzungsmacht der Nazis und auch die kroatische faschistische Ustascha sowie die serbisch-royalistischen Tschetniks bekämpften. Mit großer moralischer Autorität aus dem Krieg hervorgegangen, verstaatlichten die jugoslawischen Stalinisten die Wirtschaft – wenn auch auf bürokratisch deformierte Weise – und schufen den multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat im Namen von „Verbrüderung und Einheit“ der Arbeiterklasse.

Aber die sozialistischen und demokratischen Ideale, auf die sich das Tito-Regime öffentlich berief, wurden untergraben und schließlich diskreditiert durch die bürokratischen Deformationen und die dem Stalinismus eigenen Beschränktheiten aufgrund seines Programms vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Nur die Ausweitung der proletarischen Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas hätte die wirtschaftliche Grundlage für echte nationale Gleichheit auf dem relativ verarmten Balkan bieten können. Statt dessen führte Tito den „Marktsozialismus“ ein, der Jugoslawien für wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus öffnete und das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte, was dem wiederauflebenden Nationalismus Nahrung gab.

Insbesondere nach Titos Tod 1980 brach die jugoslawische stalinistische Bürokratie zunehmend entlang nationa-



WV



Spartakist

### IKL-Protteste gegen imperialistische Intervention, 1995 (SL/US in New York) und 1999 (SpAD in Berlin)

ler Trennungslinien auseinander. In den späten 80er Jahren trampelte der schrille Nationalist Slobodan Milošević, der den Vorsitz des serbischen Bundes der Kommunisten übernommen hatte, auf dem von Tito sorgsam ausbalancierten nationalen Gleichgewicht herum, als erstes durch einen gewalttätigen Angriff auf die Albaner des Kosovo. Miloševićs Drang nach einem „Großserbien“ wiederum verstärkte den antikommunistischen Nationalismus in Kroatien und Slowenien – den wohlhabenden, traditionell römisch-katholischen Republiken Nordjugoslawiens, die schon früher zur deutschen Einflusssphäre gehörten.

Die endgültige Krise des titoistischen Jugoslawiens begann Anfang 1991 mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, als neugewählte reaktionäre nationalistische Regierungen in Kroatien und Slowenien ihre Lostrennung vom Bundesstaat erklärten. Während die USA, Britannien und Frankreich anfänglich einen halbherzigen diplomatischen Versuch unternahm, ein vereinigtes Jugoslawien als kapitalistischen Staat zu erhalten, preschte das kurz zuvor wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus vor und drängte seine europäischen Verbündeten zur Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Tadjmans Kroatien stellt sich offen in die Kontinuität des faschistischen Ustascha-Marionettenstaats, der von der Nazi-Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg errichtet wurde. Beim kürzlichen Prozeß gegen den Kommandanten des Konzentrationslagers Jasenovac, berüchtigt als „Auschwitz des Balkans“, kam es erneut zu einem wütenden Ausbruch des kroatischen Nationalismus. Wie der *Tagesspiegel* (15. März) berichtete: „In Fußballturnieren skandieren Jugendliche sogar schon den Namen des ehemaligen Lagerkommandanten Sakic. Sie sind im Reich von ‚Landesvater‘ Franjo Tadjman aufgewachsen, in dem offen mit dem Gedankengut der kroatischen Faschisten geflirtet wird... Auch Währung und Nationalflagge erinnern an die Zeit, als in Zagreb ein Marionetten-Regime von Hitlers Gnaden die Zügel in der Hand hatte.“ Der Drang des deutschen Imperialismus, seine Einflusssphäre auf dem nördlichen Balkan wiederherzustellen, liegt allerdings nicht nur in einer geschichtlichen Haltung oder einem Verlangen nach Rache begründet. Dieses Gebiet ist reich an Bodenschätzen, die für die deutsche Industrie von strategischer Bedeutung sind.

Die Serben waren nicht nur die größte Volksgruppe im Jugoslawien vor der Konterrevolution 1991, sondern auch der Bevölkerungsteil, der am verstreutesten lebte: Ein Viertel der serbischen Bevölkerung wohnte außerhalb ihrer eigenen nationalen Teilrepublik, hauptsächlich in Kroatien und Bosnien. Mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens sah sich die große serbische Volksgruppe einem feindlichen

kroatisch-nationalistischen Regime in Zagreb und einem feindseligen bosnisch-muslimischen Regime in Sarajewo gegenüber. Die Angst, zu einer unterdrückten Minderheit zu werden, in Verbindung mit großserbischem Chauvinismus, entfachte eine neue Folge von Balkankriegen.

Diese Kriege folgten alle dem gleichen Muster, erst in Kroatien, dann in Bosnien und jetzt im Kosovo: Nachdem die serbischen Kräfte zunächst die Oberhand gewonnen hatten, intervenierte der deutsche Imperialismus direkt oder indirekt auf seiten der antiserbischen Kräfte. Der BND hat unter dem Geheimdienst-Koordinator und späteren Außenminister Kinkel in den 80er Jahren die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit den Ustascha-Kräften im Untergrund ausgebaut und vertieft. Deutschland und auch die USA versorgten das Tadjman-Regime nicht nur mit großen Mengen moderner Waffen, sondern auch mit Elite-Ausbildung und Beratern. Dies versetzte die kroatische Armee Mitte 1995 in die Lage, im Zusammenspiel mit dem Luftangriff der NATO die serbischen Kräfte aufzureiben und eine „ethnische Säuberung“ im großen Stil durchzuführen. 300.000 Serben wurden von dem Land vertrieben, wo sie seit Generationen gelebt hatten. „Wir haben die Serbenfrage gelöst“, erklärte Tadjman in der Sprache Nazi-Deutschlands. Die imperialistische Besetzung Bosniens nach dem Dayton-Abkommen brachte Entwicklungen in Gang, die zur jetzigen Kosovo-Krise führten – eine viel weitreichendere Krise, die von weit größerer historischer Tragweite sein könnte.

### Für die Sozialistische Föderation des Balkans!

Wir traten für das Recht der Kosovo-Albaner auf nationale Selbstbestimmung ein – die knapp 90% der Bevölkerung ausmachen –, lange bevor ihre Sache unter westlichen Liberalen und Linken „schick“ wurde. Mitte der 70er Jahre, als nationale Konflikte und Spannungen in Titos Jugoslawien zusehends spürbar wurden, schrieben wir:

„Marxisten sollten natürlich das Recht des albanischen Volkes des Kosovo und Westmazedoniens anerkennen, sich mit Albanien zu vereinigen. Die Grenze in dieser Region war nach militärischen Eroberungen durch die serbische Bourgeoisie im Jahre 1903 gezogen worden und ist nicht im geringsten ein Ausdruck der nationalen Grenzen Albanien. Solch eine Vereinigung würde weder die geografische noch die wirtschaftliche Einheit Jugoslawiens zerbrechen.“ („The National Question in Yugoslavia: Part 2“, *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1976)

Um eine demokratische und fortschrittliche Lösung dieser nationalen Fragen zu erreichen, waren vor der kapitalistischen Konterrevolution in diesen Ländern proletarisch-

*Fortgesetzt auf Seite 12*

## Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 11

politische Revolutionen zum Sturz der damals herrschenden Bürokratien in Jugoslawien, Albanien und Bulgarien notwendig mit dem Ziel einer sozialistischen Föderation des Balkans. Heute kämpfen wir für die sozialistische Revolution zum Sturz aller bürgerlich-nationalistischen Regime in der Region, von Tudjman's Kroatien bis Milošević's Serbien.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen von kapitalistischer Konterrevolution und imperialistischer Intervention haben die nationalen Auseinandersetzungen auf dem Balkan auf allen Seiten einen reaktionären Charakter angenommen. So verübte die UCK, die der mörderischen Logik des bürgerlichen Nationalismus folgt, in serbischen Dörfern Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung. Vor allem aber ist in den letzten Monaten durch die direkte NATO-Intervention auf Seiten der Kosovo-Albaner die Frage ihrer Selbstbestimmung untergeordnet zur Verteidigung Serbiens gegen die imperialistischen Angriffe. Wie wir im SpAD-Flugblatt schrieben:

„Auf dem Balkan haben alle Seiten in den nationalistischen Kriegen Verbrechen begangen. Besonders die Roma als Volk ohne eigenes Staatsgebiet waren die ersten Opfer des allseitigen nationalistischen Gemetzels. Wenn eine Seite heute als besonders grausam erscheint, liegt das an ihrer größeren Militärmacht. Marxisten kämpfen gegen das Gift des Nationalismus und für die Klasseneinheit der Arbeiter in Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und dem Kosovo zum Sturz all der blutigen nationalistischen Regime der Region, vom serbischen Gewaltherrscher Slobodan Milošević bis zum von Deutschland gestützten faschistoiden Tudjman in Kroatien. Aber alle ihre Verbrechen verblassen im Vergleich zu den Verbrechen der Bourgeoisie von Auschwitz. Jetzt das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner zu fordern - für das wir eingetreten sind, bevor die UCK-Nationalisten zu Komplizen des NATO-Überfalls geworden sind -, kann nur ein Deckmantel dafür sein, die imperialistische Intervention zu unterstützen.“

### Pseudotrotzkisten als Vorreiter von „Menschenrechts“-Imperialismus

Das gehässigste Kriegsgeschrei in den westlichen imperialistischen Ländern kommt nicht vom rechten Flügel des politischen Spektrums, sondern von Liberalen, Sozialdemokraten und den „Linken“. In Europa sind es vor allem die sozialdemokratischen/exstalinistischen Regierungen, die den Krieg gegen Serbien führen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Britannien, Frankreich, Italien. Die vorgebliche Linke teilt den zentralen Ausgangspunkt dieser „Linksregierungen“: Sie stempelt Milošević zum Hauptfeind, und nicht die Imperialisten mit ihrer unvergleichlich mächtigeren Militärmaschinerie. Diese Linie der Pseudolinien geht vollkommen einher mit ihrer Unterstützung für die Sozialdemokratie. Für uns Trotzkisten dagegen ist der Imperialismus, wenn er von einer sozialdemokratischen Regierung verwaltet wird, *immer noch Imperialismus*.

Die pseudotrotzkistischen Gruppen, die alle im Umkreis von SPD und/oder PDS sind, weigern sich, Serbien zu verteidigen, das Tag und Nacht von Bundeswehr/NATO-Bomben beschossen wird. Die Cliff-Anhänger der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) jammern wie die PDS über die „Mißachtung der UNO“ und einen „Bruch des Völkerrechts“, was nichts anderes bedeutet, als einen „friedlichen“ Imperialismus herbeizubeten. Linksruck wiederum versucht mit besonders wütendem Antiamerikanismus davon abzulenken, daß es *ihre* SPD-Regierung ist - deren Wahlsieg sie in ihrer Zeitung als „Linksschwenk“ und „Klas-

senbeben“ gefeiert haben -, die jetzt zum ersten Mal die Bundeswehr-Bomber losschickt, seit Nazi-Deutschland von der Roten Armee zerschlagen wurde. Linksruck trommelte aktiv für imperialistische Sanktionen - so kritisierten sie Niedersachsens SPD-Innenminister, weil er gegen „das mit Mühe und Not durchgesetzte Landeverbot für jugoslawische Maschinen innerhalb der EU“ sei (Linksruck Nr. 61, Oktober 1998). Jetzt appellieren diese jämmerlichen Reformisten in Riesenlettern auf ihrer Titelseite an Schröder: „Dafür haben wir Euch nicht gewählt“. Nun, genau dafür aber hat die SPD kandidiert: Wie wir vor den Wahlen im *Spartakist* gesagt haben: SPD/PDS sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!

Der pseudotrotzkistische Revolutionär-Sozialistische Bund (RSB) intervenierte beim Berliner Ostermarsch mit einem Flugblatt „Weder NATO, noch Milošević“ und forderte mitten im Krieg gegen Serbien: „Recht auf Selbstbestimmung für Kosovo“. Damit ergreifen sie genau wie die Gruppe Arbeitermacht (siehe Artikel auf Seite 5) die Seite der lokalen Marionetten des imperialistischen Bombenangriffs, die vor allem vom deutschen Imperialismus finanziert und ausgerüstet wurden. Wie weit der RSB in Nationalismus und Sozialchauvinismus versunken ist, kann man auch daran sehen, daß es in seinem Flugblatt keine einzige Forderung gegen die Bundeswehr gibt! Wie wir im SpAD-Flugblatt schrieben:

„Unsere pseudotrotzkistischen Opponenten à la GAM und RSB wollen uns weismachen, der Weltimperialismus könne dazu gebracht werden, ‚rational‘ vorzugehen, und sie verbreiten die Illusion, daß die kapitalistischen Herrscher mit Hilfe der von ihnen unterstützten SPD/PDS auf den Bau und Einsatz von Atomwaffen verzichten würden. Wir haben kein solches illusionäres Vertrauen in die Bourgeoisie von Auschwitz und ihre imperialistischen Konkurrenten. Dieses System kann nicht durch Druck dazu gebracht werden, friedlicher und menschlicher zu sein. Das imperialistische Profitsystem führt zu einem neuen Weltkrieg, diesmal mit Atomwaffen, der die gesamte Menschheit zu vernichten droht. Es gibt nur eine Klasse auf der Welt, die die Macht hat, die Bourgeoisie zu stürzen, und das ist die Arbeiterklasse. Aber die Arbeiter müssen von der SPD und PDS, die sie an ihren Klassenfeind ketten, gebrochen werden.“

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für neue Oktoberrevolutionen, für den einzigen Weg, um ein für alle Mal das kriegstreiberische kapitalistische System weltweit zu beseitigen. ■

## SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-  
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-  
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

135

### Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin  
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

# Trotzkistische Liga Kanadas führt Debatte mit Bolschewistischer Tendenz

## BT/Gruppe Spartakus im Lager des Anglo-Chauvinismus

*Nachstehend drucken wir einen Artikel aus Spartacist Canada Nr. 120 (Frühjahr 1999) ab, der Zeitung der Trotskyist League/Ligue trotskyste, kanadische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

Seit Beginn seiner Existenz hat das Häufchen von Aussteigern, Renegaten und zufälligen Elementen namens Bolschewik Tendenz (BT; in Deutschland Gruppe Spartakus) uns damit in den Ohren gelegen, wir sollten mit ihnen von Angesicht zu Angesicht debattieren. Diese häufig wiederholte „Herausforderung“ hat bei uns normalerweise Widerwillen hervorgerufen und Desinteresse bei anderen. Vor allem aber stellte sich die Frage: Was gibt es zu debattieren? Die Gründungsmitglieder der BT waren alle einzeln aus unserer internationalen Organisation ausgetreten. Ihr gegenwärtiger internationaler Führer, Bill Logan, ist ein bössartiger Soziopath, der vor 20 Jahren wegen grober Verbrechen gegen kommunistische Moral und elementaren menschlichen Anstand aus unserer Organisation ausgeschlossen worden war. Die sporadisch erscheinende BT-„Zeitschrift“ 1917 ist seit 1997 nicht mehr erschienen.

So kam es nur auf Wunsch Dritter, der Brock Socialist Group, am 13. Februar zu einer öffentlichen Debatte der Trotskyist League mit der Bolschewik Tendenz an der Brock-Universität in St. Catharines, Ontario. Die Brock Socialists sind eine Studentengruppe, die den Marxismus studiert und nun zur Vertiefung ihres Verständnisses vom Trotzkismus diese Debatte wünschte. Wir schlugen als geeignetes Thema „Die nationale Frage Quebecs und der Kampf für den Sozialismus“ vor, da dies eine zentrale Frage im Kampf für die proletarische Revolution in Kanada ist.

Unser Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs spielt eine Schlüsselrolle für den Kampf, das revolutionäre Klassenbewußtsein unter den Arbeitern voranzubringen. Wie unser Sprecher der TL, Charles Galarneau, erklärte:

„Chauvinismus und Nationalismus haben den Klassenkampf sowohl in Englisch-Kanada als auch in Quebec zutiefst vergiftet, indem sie englischsprachige und französischsprachige Arbeiter an ihre eigenen kapitalistischen Feinde binden. Die Ursache dafür ist das dauerhafte Fortbestehen zweier getrennter und sich zunehmend auseinanderentwickelnder Nationen innerhalb desselben bürgerlichen Staatsgebildes, von denen die eine die andere unterdrückt...

In erster Linie kämpfen wir gegen den Ahornblatt-Chauvinismus in der englisch-kanadischen Arbeiterklasse. Wir sind mit Lenin der Auffassung: „Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt „seiner“ Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein.“ Gleichzeitig unterstützt die Losung für Unabhängigkeit den Kampf gegen den Nationalismus in Quebec, indem sie uns unter den Arbeitern Quebecs Gehör ver-

schaft, wenn wir sie von ihren PQ-nahen Irreführern [Parti Québécois] brechen und für uns gewinnen wollen.“

In scharfem Gegensatz dazu ist die BT dafür berüchtigt, gegen die Unabhängigkeit Quebecs aufzutreten. Deshalb betonte unser Sprecher, daß die Wahl des Diskussions-themas ganz besonders angemessen war: „Die offen anglochauvinistische Linie der BT enthüllt ihre opportunistischen Positionen und sozialdemokratischen Gelüste – mit anderen Worten, sie verdeutlicht, weshalb die BT nichts zu tun hat mit dem Kampf für eine leninistische Partei, die als Volkstri-bun aller Unterdrückten auftritt.“

Bezeichnenderweise ging der Vertreter der BT, Tom Riley, einfach über die abscheuliche Realität nationaler Unterdrückung und ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiter beider Nationen hinweg. In seinem Vortrag und seiner Zusammenfassung redete er insgesamt 40 Minuten lang, ohne auch nur einmal anzuerkennen, daß Quebec eine unterdrückte Nation ist, und ohne auch nur ein einziges Mal den existierenden Anglochauvinismus ausdrücklich zu erwähnen. Dieses Stillschweigen wurde von der BT über mehrere Runden der Diskussion aufrechterhalten, trotz wiederholter Herausforderung durch Genossen der Trotskyist League.

Riley suchte Zuflucht bei historischen Beschreibungen militanter Aktionen der Arbeiterbewegung Quebecs und in Appellen zum „gemeinsamen Klassenkampf“. Indem die BT die lähmende Wirkung von Chauvinismus, Rassismus usw. auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse leugnet oder verharmlost, ist solch wohlfeile Einheitsphrasendrescherei jedem Kampf gegen die vielfältigen Formen besonderer Unterdrückung, die der Kapitalismus hervorbringt, entgegengesetzt. Sie öffnet geradewegs die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten nach, die jeden Kampf zur Verteidigung der Unterdrückten als Störung der „Solidarität“ der Arbeiterbewegung ansieht.

Natürlich versicherte Riley, daß die BT das Recht Quebecs auf Selbstbestimmung verteidige. Das tut heute auch der Großteil der englisch-kanadischen Gewerkschaftsbürokratie, auf dem Papier. Doch ebenso wie die Sozialdemokraten unterstützt die BT in der realen Welt den Status quo einer Anglo-Vorherrschaft. Bei dem knapp gescheiterten Referendum über die Unabhängigkeit Quebecs 1995 zum Beispiel rief die BT offen zur Abgabe einer Nein-Stimme auf, gegen die Unabhängigkeit Quebecs. TL-Sprecher Galarneau betonte, daß „der Aufruf der BT, mit Nein zu stimmen, eine schwerwiegende Kapitulation vor den Anglo-Herrschern bedeutete“. Natürlich blieb die Loyalität der BT zur „nationalen Einheit“ Kanadas den anglochauvinistischen Machthabern nicht verborgen, die die BT offiziell zur Teilnahme an der hurratriotischen Versammlung

*Fortgesetzt auf Seite 14*

**Für die Unabhängigkeit von Quebec!**

## BT-Debatte...

Fortsetzung von Seite 13

einladen, die von der Bundesregierung am Vorabend des Referendums in Montreal veranstaltet wurde. Genosse Galarneau wies auch darauf hin, daß das einzige Mitglied der BT aus Quebec über diese Frage ausgetreten war und seine ehemaligen Genossen öffentlich für ihren „De-facto-Block mit der kanadischen Bourgeoisie“ heftig kritisiert hatte.

Wie unser Sprecher betonte, ist Quebec nicht der erste und auch nicht der einzige Ort, wo die BT sich mit dem chauvinistischen Status quo angefreundet hat. In Britannien leugnen ihre Gesinnungsgenossen, daß Schotten und Waliser in irgendeiner Weise unterdrückt werden, gerade während sie „gemeinsame Arbeit“ mit einer Gruppe anstreben, der Socialist Party, die sich hartnäckig weigert, für den Abzug der mörderischen britischen Armee aus Nordirland einzutreten. In Neuseeland bringt die BT kaum die brutale Unterdrückung der einheimischen schwarzen Maori-Bevölkerung zur Sprache. Wie Genosse Galarneau sagte: „Tatsächlich ist die BT auf jedem nationalen Terrain, wo sie existiert, eine leibhaftige Kapitulation vor ihren ‚eigenen‘ kapitalistischen Herrschern.“

Unser Sprecher führte die absichtliche Blindheit der BT in Fragen der besonderen Unterdrückung auf den vorrangigen Impuls ihrer Gründungsmitglieder zurück:

„Die anglochauvinistische Position der BT zu Quebec entspricht vollkommen ihren politischen Ursprüngen Anfang der 80er Jahre, als sie immer wieder feige vor der Verteidigung des sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates zurückwichen...“

Als zum Beispiel die sowjetische Armee Ende 1979 gegen die von der CIA unterstützten islamischen Mörderbanden in Afghanistan intervenierte, sagten wir ‚Hoch die Rote Armee in Afghanistan‘ und riefen zur ‚Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans‘ auf. Die Sozialdemokraten und Pseudolinken, die mit den imperialistischen Wölfen gegen die Sowjetunion heulten, haßten unsere Losung. Damals schrieben wir, daß die ET (Externe Tendenz, Vorläufer der BT), wenn sie ehrlicher wäre, zugeben müßte, daß auch sie die Losung haßt. Nun, sie brauchten ein paar Jahre dazu, aber schließlich bekannten sie, daß sie, jawohl, die Losung haßten; dabei argumentierten sie, wir würden damit den Stalinisten Vertrauen schenken.

Keineswegs. Vor allem brachten wir damit schlicht und einfach unsere *bedingungslose Verteidigung* des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats gegen den Kapitalismus zum Ausdruck. Und wir erkannten auch, daß der deformierte Ausdruck der Diktatur des Proletariats, wie er von der Sowjetarmee verkörpert wurde, die einzige Kraft war, die dazu imstande war, ein gewisses Maß an Befreiung in Afghanistan zu bewirken, insbesondere für die Frauen.

Die BT ist eine Organisation, die sich in Reaktion auf die Hitze des imperialistischen zweiten Kalten Krieges herausbildete. Von dieser ursprünglichen Kapitulation vor ihren eigenen herrschenden Klassen war es ein kurzer Schritt einen schlüpfrigen Abhang hinunter, sich mit dem Chauvinismus der Bourgeoisie von Kanada bis Britannien und anderswo anzufreunden.“

### BT kontra Lenin zur Frage des revolutionären Klassenbewußtseins

In seinen Bemerkungen begründete Genosse Galarneau unsere Losung für die Unabhängigkeit Quebecs ausführlich: Sie ist ein Schlüssel im Kampf, die Barrieren gegen *revolu-*

*tionäres Klassenbewußtsein* unter den Arbeitern auf beiden Seiten der nationalen Scheidelinie zu beseitigen. Diese Perspektive leitet sich ab vom grundlegenden leninistischen Verständnis, daß ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei die Arbeiter der einen oder anderen Form von *bürgerlichem Bewußtsein* verhaftet bleiben müssen, wie zum Beispiel nationalem Chauvinismus. Für Kommunisten ist das Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs das Mittel, den Würgegriff des nationalen Chauvinismus zu brechen.



Maclean's

### Chauvinistischer Aufmarsch für „kanadische Einheit“, November 1995. BT wurde offiziell dazu eingeladen

Bevor dieser Griff nicht gelöst ist, können die Arbeiter nicht für eine revolutionäre sozialistische Perspektive gewonnen werden.

Während die BT den Kampf für revolutionäres Bewußtsein verunglimpft und abtut, bietet sie als Ersatz „militanten Kampf“ an. Rileys ganzer Vortrag basierte tatsächlich auf einer direkten Gleichsetzung von Klassenbewußtsein und bloßer gewerkschaftlicher Militanz. Seine „Argumentation“ bestand aus einer Liste von binationalen Streiks seit den 60er Jahren, von denen viele durch die explosive Quebecer Arbeiterbewegung jener Zeit entflammt wurden. Auf dieser Grundlage kritisierte er unsere Ansicht, daß die Unabhängigkeit Quebecs unerlässlich sei, um den Arbeitern beider Nationen ihre eigenen Herrscher als den Feind vor Augen zu führen; er machte sich lustig über unsere Feststellung, daß Chauvinismus und Nationalismus das grundlegende Hindernis zur Erlangung revolutionären Klassenbewußtseins und somit für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse darstellen.

Die verkehrte Vorstellung, daß sozialistisches Bewußtsein direkt aus dem militanten Kampf um ökonomische Forderungen entspringt, ist alles andere als neu. Lenin nannte diese Auffassung Ökonomismus und griff sie in seinem 1902 erschienenen Buch *Was tun?* an. Lenin zeigte, daß die Arbeiterklasse nicht imstande ist, durch ihre eigenen Kämpfe spontan ein höheres Bewußtsein als gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln: das Bedürfnis, sich im ökonomischen Kampf gegen Unternehmer und Regierung zu vereinigen. Aber gewerkschaftliches Bewußtsein ist selbst eine Form bürgerlichen Bewußtseins; von sich aus stellt es die kapitalistische Produktionsweise nicht in Frage, sondern versucht nur, die unmittelbaren Bedingungen für die Arbeiter zu verbessern. Revolutionäres Klassenbewußtsein muß in die Arbeiterklasse *von außen* hineingetragen werden durch eine revolutionäre Partei, die die historische Notwendigkeit versteht, die kapitalistische Ausbeutung und

Unterdrückung zu zerstören. Integraler Bestandteil davon ist der Kampf, daß das Proletariat die Sache all der Schichten aufgreift, die unter dem Kapitalismus Opfer besonderer Unterdrückung sind.

In seinem durch und durch ökonomistischen Vortrag wies Riley kein einziges Mal darauf hin, daß die Militanz des Quebecer Proletariats in den 60er und 70er Jahren durch Wut und Opposition gegen nationale Unterdrückung angefaßt wurde. Als diese Militanz auf eine Mauer anglochauvinistischer Feindseligkeit stieß, aufgerichtet von der New Democratic Party (NDP) und der Führung des Canadian Labour Congress (CLC), wurden wütende Quebecer Arbeiter von ihren eigenen nationalistischen Irreführern in die Arme der bürgerlich-nationalistischen Parti Québécois getrieben. Als der TL-Sprecher die chauvinistische Opposition der NDP- und CLC-Bonzen gegen den Quebecer Generalstreik von 1972 beschrieb, der fast zum Aufstand wurde, sprang Riley in die Bresche, um die sozialdemokratischen Verräter gegen jegliche Anschuldigung von Anti-Quebec-Bigotterie zu verteidigen. „Tatsache ist, daß die NDP und [ihr Führer] David Lewis ihr Bestes taten, sich gegen [den Streik] zu stellen und Streikbruch zu begehen, da gibt es gar keine Frage“, erklärte Riley. „Aber, Genossen, sie stellten sich dagegen und begingen Streikbruch beim Eisenbahnerstreik 1973, beim Poststreik 1978, beim Eisenbahnerstreik 1995 usw. usf.“

Die anglochauvinistischen Sozialdemokraten sind gewiß Streikbrecher. Ihre Aufgabe ist es, die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die nationalen Interessen des Klassenfeindes sicherzustellen – und in diesem Land ist der Schlüssel dafür der ideologische Kleister des Anglochauvinismus. Damit wiederum wird der reaktionäre Nationalismus vertieft und erhärtet, den die Quebecer Gewerkschaftsführer einimpfen. Aber nach Ansicht der BT ist nationaler Chauvinismus einfach kein Faktor. Wie Genosse Galarneau bemerkte: Wenn man die BT erzählen hört,

„würde man überhaupt nicht wissen, daß die Sozialdemokraten Anti-Quebec-Chauvinismus schüren. Nun, jeder, der Nachrichten sieht, weiß, daß Leute wie [die regionalen Ministerpräsidenten] Bob Rae, Roy Romanow und Glen Clark bereitwillige, aggressive Weichensteller für den Kreuzzug zur ‚nationalen Einheit‘ sind – genauso wie David Lewis 25 Jahre davor.“

## Höhnische Gleichgültigkeit gegenüber Unterdrückung

Die patzig ablehnende Haltung der BT zur Frage der nationalen Unterdrückung der Québécois signalisiert und verkörpert ihre Kapitulation vor der anglokanadischen

Bourgeoisie. Zweifellos ist für Trotzlisten kaum eine abstoßendere Haltung denkbar oder eine, die sich weiter vom leninistischen Ideal des Volkstribuns entfernt, als die arrogante Verachtung der BT gegenüber besonders unterdrückten Teilen der jeweiligen Gesellschaft, in der sie selbst leben. Genosse Galarneau schilderte in seinem Vortrag ein berüchtigtes und typisches Beispiel:

„Als wir 1982 in Washington eine Mobilisierung von 5000 Arbeitern/Schwarzen organisierten, die den Ku Klux Klan stoppte, *spuckte* die BT auf diese Arbeit. Eines ihrer Mitglieder nannte das ‚Ghetto-Arbeit‘. Die BT warf uns vor, ‚die Gewerkschaftsarbeit über Bord zu werfen‘. Was kann das anderes bedeuten, als daß die BT die Arbeiterklasse getrennt von den schwarzen plebejischen Massen und im Gegensatz zu ihnen sieht – genau die Sichtweise der Gewerkschaftsbürokratie. In Wirklichkeit brachte unsere Mobilisierung in Washington im kleinen Maßstab die Kräfte für eine amerikanische proletarische Revolution zusammen: schwarz und rot. Die Arbeiterbewegung, mit schwarzen Arbeitern als ihrem zentralen Kern, setzt ihre Macht zur Verteidigung der Ghetto-Massen ein, die ebenfalls mobilisiert wurden, und alles unter kommunistischer Führung.“

Riley legte dieselbe Geringschätzung an den Tag, als er auf die – wie er es nannte – „Implikationen“ der Position der TL zu Quebec für die Vereinigten Staaten zu sprechen kam. Nach der Feststellung: „Die Spaltung zwischen weißen und schwarzen Arbeitern ist mindestens genauso tiefgehend wie die Spaltung zwischen anglo- und frankophonen Arbeitern hier“, fragte der BT-Sprecher demagogisch: „Was für ein Schluß ist daraus zu ziehen? Ist Klassenkampf unmöglich? Oder wird er erst möglich, wenn schwarze Arbeiter auf irgendeine Weise von den weißen Arbeitern getrennt worden sind?“

Die nationale Unterdrückung Quebecs und die Unterdrückung der Schwarzen als einer durch Rasse/Hautfarbe definierten Kaste innerhalb der amerikanischen Gesellschaft sind ganz verschiedene Fragen. Allerdings hat die Rassentrennung in den USA den Arbeiterkampf gegen das Kapital stark beeinträchtigt. Doch das heißt noch lange nicht, daß gewerkschaftliche Kämpfe schwarzer und weißer Arbeiter dort „unmöglich“ wären, genausowenig wie nationaler Chauvinismus gemeinsame Streiks französisch- und englischsprachiger Arbeiter in Kanada ausschließt. Solange jedoch die amerikanische Arbeiterklasse nicht zum aktiven Verfechter der Befreiung der Schwarzen wird, *wird es kein revolutionäres Klassenbewußtsein und keine sozialistische Revolution in Amerika geben.*

Die Haltung der BT zur Unterdrückung der Katholiken in Nordirland ist auf ähnliche Weise von militanter Gleichgültigkeit durchdrungen. Die BT kritisierte unsere einfache Feststellung, daß jedes imperialistische „Friedens“-abkommen über Irland „notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit gehen und auch protestantischen Arbeitern nichts Gutes bringen würde“. Aber das ist eine einfache *Tatsachenfeststellung*. Der sogenannte „Friedensprozeß“ in Nordirland setzt die fortdauernde Präsenz der britischen Armee voraus, er hat umfangreiche loyalistische Aufmärsche entfesselt und die kommunale Spaltung unter den Arbeitern vertieft.

Die irische nationale Frage entlarvt tatsächlich den falschen Anspruch der BT, in der revolutionären Tradition des Marxismus zu stehen. Es war gerade in der Frage von Irland, daß Marx und Engels die revolutionär-proletarische Haltung zur nationalen Unterdrückung herauszuarbeiten begannen. Während der Debatte machte uns der BT-Sprecher Riley absurderweise den Vorwurf, unser Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs bedeute, daß wir die

*Fortgesetzt auf Seite 26*

### Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:  
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung. Zur Geschichte der Internationalen Kommunistischen Liga“  
(Trotzkistisches Bulletin Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:  
„Jetzt im Klartext – BT zur Verteidigung der UdSSR: Nein, Danke! Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie“  
(Spartakist Nr. 67, Juni 1991)

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands  
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,-

### Die SpAD macht die Kritik ihrer Opponenten zugänglich.

DM 5,-  
(57 Seiten)

#### Bestellt über:

Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 11988-601  
Postbank  
Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60

## Zentristen der IG hofieren lateinamerikanischen Nationalismus

# Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!

Am 13. Dezember 1998 gingen die Puertoricaner zur Wahl. Es war die dritte Volksabstimmung über den Status der Insel, die in den letzten drei Jahrzehnten stattfand. Eine knappe Mehrheit wählte „weder noch“ (50,2 Prozent); 46,5 Prozent wollten, daß Puerto Rico ein US-Bundesstaat wird; 2 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit und weniger als 1 Prozent für eine „freie Assoziation“ bzw. einen „Commonwealth“-Status. Das Referendum fand auf Initiative des Gouverneurs von Puerto Rico, Pedro Rosselló, statt – ein getreuer Unterstützer des US-Imperialismus, der sich dafür stark macht, die Insel zum 51. Bundesstaat der USA zu machen. Wie irrelevant der Wille der Bevölkerung für die Machenschaften der Herrschenden ist, entlarvte sich, als Rosselló dreist verkündete, daß die Mehrheit für einen US-Bundesstaat sei, obwohl die Wähler diese Option abgelehnt hatten! Rosselló verdoppelte sofort seine Anstrengungen, den amerikanischen Kongreß – dem Gesetz nach immer noch der Gebieter über das Schicksal Puerto Ricos – dazu zu bewegen, die größte noch verbliebene Kolonie der Welt ganz offen zu annektieren.

Die „Wahlmöglichkeiten“ bei diesem Referendum sollten ebenso wie bei den vorherigen Volksabstimmungen dazu dienen, die koloniale Beherrschung der Insel fortzusetzen. Als Stimmungsbarometer für die Sympathien der Bevölkerung war sie reiner Schwindel und nur insoweit nützlich, als die Ergebnisse die brodelnde Unzufriedenheit und die tiefgehende Ambivalenz der puertoricanischen Massen zeigen, für die die Frage des „Status“ einer eiternden Wunde der ganzen Nation gleichkommt. Selbst diejenigen, die darauf brennen, der kolonialen Unterwerfung durch die USA zu entkommen, fürchten verständlicherweise einen wirtschaft-

lichen Niedergang, wenn die Verbindungen zu den USA gekappt würden. Gleichzeitig waren bürgerliche Befürworter des aktuellen „Commonwealth“-Status nicht damit einverstanden, wie dieser auf dem Wahlzettel definiert war, und forderten ihre Anhänger auf, mit „weder noch“ zu stimmen.

Die Bewohner der Insel kämpfen darum, die Verwüstungen des Hurrikans George vom letzten September zu beseitigen. Tausende sind immer noch ohne Nahrung und Unterkunft, sie konnten sich deshalb nicht um ein Referendum kümmern, das von einer Regierung durchgezogen wurde, die praktisch nichts getan hatte, um ihre Not zu lindern. Einem Sechstel der Inselbewohner wurde das Wahlrecht aberkannt, weil sie sich nicht rechtzeitig in die Wahllisten eingetragen hatten. Dem Drittel der Puertoricaner, die derzeit ihren Wohnsitz auf dem US-Festland haben, wurde das Recht verweigert, bei diesem Referendum über ihre nationale Zugehörigkeit abzustimmen. Aus diesen und anderen Gründen riefen Anhänger der Unabhängigkeit Puerto Ricos zu einem Boykott des Referendums auf, so daß auch ihre Meinung zu dieser Frage bei der Abstimmung nicht zum Ausdruck kam. Als revolutionäre Internationalisten sind wir Gegner aller kolonialistischen Machenschaften unserer „eigenen“ kapitalistischen Herrscher und sagen: **Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico! Raus mit den US-Truppen! Für die revolutionäre Einheit der werktätigen Massen von Puerto Rico und dem Festland im Kampf gegen koloniale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung!**

Die Polarisierung bei der Abstimmung spiegelt den tiefgehenden Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den nationalen Gefühlen wider. Die



**Generalstreik in Puerto Rico, Juli 1998: Wasserwerker marschieren am Gebäude der Telefongesellschaft in San Juan vorbei. IKL intervenierte bei den Streikenden mit dem trotzkistischen Programm und verteilte eine Übersetzung des WV-Artikels „Ein Jahrhundert Plünderung durch den US-Imperialismus“**

**WORKERS VANGUARD**

— Traducción de Workers Vanguard No. 148, 15 de marzo 1998

¡Por la defensa militar incondicional de Cuba contra el imperialismo y la contrarrevolución interna!  
¡Por el derecho de Puerto Rico a la independencia!

**Un siglo de saqueo imperialista estadounidense**

¡Por la revolución socialista por todas las Américas!

Al tiempo que preparaba una revista de destrucción masiva... El periódico "Vanguardia" por los Estados Unidos en 1947. La...

**Für sozialistische Revolution auf dem ganzen amerikanischen Kontinent!**





**Links: Puerto Ricos Nationalgarde verhaftete 1950 mehr als 3000 bei Treibjagd auf Unabhängigkeitskämpfer. Rechts: US-Marshalls zerren 1988 den Nationalistenführer Filiberto Ojeda-Rios vor Gericht, als Teil des Rachezugs gegen puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung.**

Puertoricaner, mit ihrer hispanischen Kultur und Sprache, leiden unter dem Joch des imperialistischen Yankee-Kolonialismus. Die Werkstätigen auf der Insel werden als Billiglohn-Reservoir von Kapitalisten ausgebeutet, die damit ihre Profitrate maximieren. Als „Bürger“ der USA, die bei Bundeswahlen kein Wahlrecht haben und im Kongreß nicht vertreten sind, sind die Puertoricaner politisch entrechtet und leiden unter der klassischen nationalen Unterdrückung eines kolonisierten Volkes. Das Pro-Kopf-Einkommen Puerto Ricos ist nur *halb* so hoch wie das von Mississippi, dem ärmsten US-Bundesstaat. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Puerto Rico lebt unterhalb der Armutsgrenze der USA.

Die Herrscher der USA werden diese Insel nicht einfach aufgeben, die sie während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 an sich gerissen und anschließend zu einer strategischen Militärbasis in der Karibik ausgebaut haben. In den hundert Jahren US-imperialistischer Vorherrschaft wurde Puerto Rico als zentrale Ausgangsbasis für Militäroperationen gegen Grenada, die Dominikanische Republik, Zentralamerika und den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Kuba benutzt. Jetzt, wo das U.S. Army Southern Command aus Panama abgezogen ist, schlägt der imperialistische Adler seine Klauen um so tiefer in die Insel Puerto Rico und vergrößert die bisher schon riesige Militärpräsenz der USA.

Der US-Militarismus verschärft die Widersprüche im Leben der Puertoricaner als Bürger zweiter Klasse. Während des ersten imperialistischen Weltkriegs erhielt Puerto Rico 1917 begrenzte Staatsbürgerrechte. Als die USA Dänemark die Jungferninseln abkauften, um damit ihre Vorherrschaft in der Karibik zu stärken, stellte Dänemark ausdrücklich die Bedingung, daß die Bevölkerung Staatsbürgerrechte erhält. Um ihr Image als „demokratischer“ Konkurrent beim imperialistischen Gemetzel in Europa aufzupolieren, verlieh der Kongreß auch den Bewohnern Puerto Ricos, dem anderen US-Besitz in der Karibik, die Staatsbürgerschaft.

Die Staatsbürgerschaft kam buchstäblich mit dem Bajonett, denn die jungen puertoricanischen Männer wurden sofort in den Ersten Weltkrieg geschickt und damit direkt der offiziellen Rassentrennung der US-Armee ausgesetzt. Heute stellen Puertoricaner einen überproportional hohen

Anteil als Kanonenfutter in den Kriegen des US-Imperialismus. Bezogen auf die Bevölkerungszahl wurden im Koreakrieg beinahe doppelt so viele Puertoricaner getötet wie US-Bürger aus irgendeinem anderen US-Bundesstaat. Der Militärdienst ist in vielerlei Hinsicht die Achillesferse einer fortgesetzten kolonialen Vorherrschaft. Puertoricanische Soldaten und ihre Familienmitglieder kochen vor Wut über die Ungerechtigkeit, für eine Regierung zu kämpfen, die ihnen die nationale Souveränität vorenthält und sie systematisch diskriminiert – sowohl wirtschaftlich als auch sprachlich, rassisch, politisch und kulturell. Die brutale Realität, ihr Leben für eine Regierung riskiert zu haben, die ihnen nicht einmal das Wahlrecht zugesteht, stachelt zur Revolte an. Im Anschluß an jeden Krieg standen heimkehrende Soldaten an der Spitze des wiederauflebenden Strebens nach Unabhängigkeit.

Die furchtbare Zwickmühle für die Puertoricaner sieht so aus: Mit dem kolonialen „Commonwealth“-Status ist das Recht verbunden, auf dem US-Festland zu leben und zu arbeiten, und heute lebt eine große Anzahl von Puertoricanern in New York und anderen Zentren in den USA, wo viele in strategische Sektoren des Proletariats integriert sind. Im Vergleich zum US-Festland sind die Inselbewohner sehr arm, doch im Vergleich zu praktisch all ihren karibischen und lateinamerikanischen Nachbarn – mit der Ausnahme von Kuba – geht es den Puertoricanern erheblich besser, wie Statistiken belegen, die etwas über die Lebensqualität aussagen: Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Lebenserwartung. Das ist die Ausweglosigkeit, die der Kapitalismus den Puertoricanern als „Wahl“ bietet: Brosamen vom Tisch der Kolonialherren mit der damit verbundenen Demütigung, Knechtschaft und Ungerechtigkeit, oder „Unabhängigkeit“ unter der Knute des US-Imperialismus, was lebensbedrohliche Verelendung bedeutet.

### **Leninismus und die nationale Frage**

Wir Trotzlisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) kämpfen für eine revolutionäre Lösung der nationalen Frage in Puerto Rico. Als unerschütterliche Gegner aller Formen der US-imperialistischen kolonialen Unterdrückung sind wir für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, um gegen den Chauvinismus in den Vereinigten

*Fortgesetzt auf Seite 18*

## Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 17

Staaten zu kämpfen und um der bürgerlich-nationalistischen Führung der Arbeiterklasse in Puerto Rico das Wasser abzugraben. Aber angesichts der offensichtlichen und verständlichen Widersprüche, die die Puertoricaner in dieser Frage haben, treten wir nicht dafür ein, daß ihnen die Unabhängigkeit *aufgezwungen* wird. Die Sympathien der Bevölkerung sind für Marxisten ein wichtiger Faktor, um bestimmen zu können, wie man die nationale Frage von der Tagesordnung bekommen und den Weg für revolutionären internationalistischen Klassenkampf freimachen kann. Deshalb setzen wir uns heute für das *Recht Puerto Ricos auf Unabhängigkeit* ein.

Der Dreh- und Angelpunkt unseres Kampfes in den USA ist der Kampf gegen nationalen Chauvinismus, gegen den „English-only“-Rassismus [gerichtet gegen mehrsprachigen Unterricht, weitere Amtssprachen etc.], gegen militärische und wirtschaftliche Unterdrückung durch den Imperialismus, gegen die US-Basen, die nicht nur die Werktätigen von Puerto Rico bedrohen, sondern die Proletarier in der ganzen Region und besonders in Kuba. Wir treten für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates Kuba gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution ein. Wir kämpfen für die Freilassung der puertoricanischen nationalistischen politischen Gefangenen und wollen erreichen, daß dieser Kampf zu einem dringenden Anliegen für das nordamerikanische Proletariat wird. Durch solche Kämpfe wollen wir die ideologischen Fesseln der chauvinistischen Irreführer der Arbeiterbewegung sprengen, die die Arbeiter an ihre Ausbeuter ketten und zu diesem Zweck falsches Bewußtsein schüren, insbesondere Rassismus gegen Immigranten und Protektionismus zur angeblichen Rettung von Arbeitsplätzen.

In Puerto Rico selber liegt der Schwerpunkt unseres Programms auf dem Kampf gegen bürgerlich-nationalistische Kräfte, die versuchen, den proletarischen Kampf durch die gefährliche und falsche nationalistische „Einheit“ der puertoricanischen Arbeiterbewegung mit der einheimischen Bourgeoisie abzuwürgen. Wir kämpfen für die internationale Klasseneinheit der Arbeiter Puerto Ricos und der Vereinigten Staaten sowohl gegen die US-Kapitalisten als auch gegen die einheimischen bürgerlichen Statthalter. Unser Kampf geht um die Macht der Arbeiter – eine siegreiche Arbeiterregierung von Puerto Rico wird entscheiden, wie sie ihre nationale Selbstbestimmung ausübt. Nur unter der Führung des Proletariats kann die koloniale Revolution eine eindeutig fortschrittliche revolutionäre Bedeutung haben.

Puerto Rico ist eine Gesellschaft, die wirtschaftlich direkt mit den USA verbunden ist, kulturell und sprachlich allerdings mit den werktätigen Massen in ganz Lateinamerika und einem Großteil der Karibik. Wie es Puerto Rico gelingen wird, sich vom Joch des Yankee-Imperialismus zu befreien und die nationale Unabhängigkeit zu erreichen, ist nicht vorherbestimmt. Ein revolutionärer sozialistischer Umsturz in den USA würde Puerto Rico innerhalb einer Minute die Unabhängigkeit geben und dazu in großem Umfang Wirtschaftshilfe. Der Funke kann auch von der anderen Seite zünden, indem das militante Proletariat in Puerto Rico Kämpfe auf dem Festland inspiriert, und damit auch einen politischen Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft der USA über die Insel. Proletarischer Widerstand gegen die drohende kapitalistische Konterrevolution in Kuba würde Auswirkungen auf Puerto Rico haben; das gleiche gilt für jeden Versuch, das US-Mordarsenal der riesigen Militäreinrichtungen in Puerto Rico gegen Kuba einzusetzen oder irgendwo sonst in der Region. Eine proleta-

rische Revolte in Mexiko würde das spanischsprachige puertoricanische Proletariat sicher genauso zum Widerstand gegen den US-Imperialismus inspirieren.

Die besonderen Bedingungen und einzelnen Schritte bei der Erlangung der Unabhängigkeit – oder der freiwilligen Integration – können sich auf vielerlei Art und Weise entwickeln. Unsere Forderung für eine *sozialistische Föderation der Karibik* entspringt unserer allgemeinen Konzeption für Arbeiterherrschaft, auf dieses Gebiet bezogen, wir wissen jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht, wie dies konkret ablaufen wird. Als Leninisten kämpfen wir dafür, der bürgerlich-demokratischen Forderung nach Unabhängigkeit für Puerto Rico eine proletarisch-revolutionäre Achse zu geben, ohne die alles Gerede von „Freiheit“ und „Souveränität“ nur ein Haufen leerer Phrasen ist, gedroschen von bürgerlichen Nationalisten, die an der Unterdrückung „ihres eigenen“ Volkes interessiert sind.

Puerto Rico ist eine lebendige Bestätigung für die Gültigkeit des Programms der *permanenten Revolution*, das zuerst vom marxistischen Führer Leo Trotzki im Zusammenhang mit der fehlgeschlagenen russischen Revolution von 1905 entwickelt wurde. In den wirtschaftlich rückständigen Ländern sind die Bourgeoisien zu schwach, korrupt und abhängig vom Imperialismus, als daß sie die anstehenden Aufgaben – wie die nationale Befreiung –, die historisch mit den bürgerlichen Revolutionen in Verbindung gebracht werden, lösen könnten. Konsequenterweise kann die Erfüllung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben nur durch die proletarische Machteroberung erreicht werden, mit der notwendigerweise die sozialistischen Aufgaben unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt werden, genauso wie der Kampf für die Ausweitung der Arbeiterherrschaft auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Unsere Herangehensweise an die nationale Frage in Puerto Rico stammt direkt vom Führer der Bolschewiki, W.I. Lenin. Als er das Proletariat aus dem zaristischen „Völkergefängnis“ an die Macht führte, hatte Lenin ein ausgeprägtes Verständnis dafür, wie notwendig der Kampf gegen alle Formen nationaler und kolonialer Unterdrückung ist, um die Einheit und die Integrität des Proletariats als Triebkraft der sozialistischen Revolution zu fördern. Hierbei trat Lenin den opportunistischen „Sozialisten“ der Zweiten Internationale scharf entgegen – vor allem den Westeuropäern, deren „eigene“ nationale Frage zum größten Teil bis 1871 gelöst worden war. Sie hatten sich den Chauvinismus der kapitalistischen Herrscher zu eigen gemacht und die Lösung der nationalen Frage aller anderen Nationen, z. B. durch die Abspaltung unterdrückter Nationen, für „undurchführbar“ erklärt. Lenins scharfe dialektische Herangehensweise kommt in seinem Artikel vom Juli 1916, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, zum Ausdruck:

„Der Schwerpunkt der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den unterdrückenden Ländern muß unbedingt darin liegen, daß sie die Freiheit der Lostrennung der unterdrückten Länder propagieren und verteidigen. Ohne das *gibt es keinen* Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozialdemokraten einer unterdrückenden Nation, der *keine* solche Propaganda treibt, als Imperialisten und Schurken zu behandeln...

Umgekehrt muß der Sozialdemokrat einer kleinen Nation den Schwerpunkt seiner Agitation auf das *zweite* Wort unserer allgemeinen Formel legen: ‚freiwillige *Ver-einigung*‘ der Nationen. Er kann, ohne seine Pflichten als Internationalist zu verletzen, *sowohl* für die politische Unabhängigkeit seiner Nation *als auch* für ihren Anschluß an den Nachbarstaat X, Y, Z usw. sein. In allen Fällen aber muß er *gegen* die kleinnationale Beschränk-

heit, Abgeschlossenheit und Isolation kämpfen, für die Berücksichtigung des Ganzen und allgemeinen, für die Unterordnung der Interessen des Teils unter die Interessen der Gesamtheit.

Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es ‚widerspruchsvoll‘, wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der ‚Freiheit der *Los-trennung*‘ beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen dagegen auf der ‚Freiheit der *Vereinigung*‘. Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen Weg* zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen anderen Weg *aus der gegebenen* Lage zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann.“

### Nordens Gruppe: Yankee-Lügner für eine Schwindel-Internationale

Die Spartacist League und die IKL sind in der letzten Zeit das Ziel schriller Angriffe der Internationalist Group (IG) des früheren *Workers-Vanguard*-Redakteurs Jan Norden, die die dreiste Lüge verbreitet, die „IKL gibt den Kampf für die Unabhängigkeit Puerto Ricos auf“ (*Internationalist*, November/Dezember 1998). Die IG tönt laut-hals, wir seien zu „Kolonialisten-Sozialisten“, „Kautsky-anern“ geworden und wären sogar „nicht in die KI [Kommunistische Internationale] aufgenommen worden“. Von einem medizinischen Standpunkt aus sind die Phantastereien Beweis genug für ihre Dementia und ihre Verachtung der sozialistischen Öffentlichkeit: *Jede Behauptung ist eine Lüge, wie jede Untersuchung der Veröffentlichungen und der Arbeit der IKL beweist.* Leider können wir nicht einfach nur die hysterische Degeneration der Norden-Gruppe (mit Schadenfreude) beobachten. Dem Dauerbombardement von Lügen könnte es gelingen, Konfusion und Zweifel zu säen, besonders bei einem entfernteren Publikum, das wenig Gelegenheit hat, die IKL selber zu überprüfen. Nordens Gruppe weiß das und setzt daran an.

Die Frage ist: *Warum lügen sie?* Sie verleumden die IKL, weil wir den *Klassenverrat* von Nordens „League for a Fourth International“ (LFI) entlarvt haben. Norden versuchte anfangs, seine Abkehr vom Trotzismus mit der großspurigen Macho-Idiotie zu verschleiern, daß die IKL „ihre Hände aus kochendem Wasser gezogen“ habe und vor dem Klassenkampf in Brasilien „davongelaufen“ sei, als wir in prinzipienfester Weise mit den Gewerkschaftsopportunisten der LQB (Liga Quarta-Internacionalista do Brasil) brachen. Die LQB übernahm zuerst Beraterposten für einen prinzipienlosen Block, um eine von Bullen durchsetzte Gewerkschaft städtischer Arbeiter (die SFP-MVR) in Volta Redonda zu kontrollieren. Als die IKL die LQB dazu drängte, das Prinzip umzusetzen, dem sie nach eigener Aussage zustimmten, nämlich daß Bullen kein Teil der Arbeiterbewegung sind und nicht in eine Gewerkschaft gehören, fiel ihr verrotteter Block auseinander, und es entstand ein schmutziger Kampf um die Kontrolle der Gewerkschaft. Die LQB zog dann die bürgerlichen Gerichte in die Gewerkschaft hinein, um ihre eigenen Positionen an der Spitze der Gewerkschaft zu schützen, zu denen auch Posten zählten, für die keine Wahlen stattgefunden hatten. Nordens Gruppe hat nie die Aufforderung beantwortet, die Dokumentation (Verfahren mit den Aktenzeichen 30 831, 30 832,

30 833 beim Gericht von Volta Redonda) zu veröffentlichen, die beweist, daß sein Verein die Gewerkschaft an den bürgerlichen Staat gekettet hat. (Ausführliche Informationen dazu in *Workers Vanguard* Nr. 669 und 671 vom 30. Mai und 11. Juli 1997)

Man fragt sich schon, was eigentlich aus der Helden-geschichte der LQB in der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter geworden ist. Nach mehr als zwei Jahren von Internet-Veröffentlichungen der IG, in denen zur Solidarität mit ihren brasilianischen Genossen gegen die Repression des bürgerlichen Staates aufgerufen wurde, und widersprüchlichen Behauptungen, daß einerseits die LQB die Bullen aus der Gewerkschaft geworfen habe und daß andererseits der ehemalige Bulle und LQB-Mitglied Geraldo Ribeiro aus dem Präsidium der SFP-MVR hinausgeworfen worden sei, aber immer noch „den Willen der Arbeiter“ zum Ausdruck bringen würde, ist die IG merkwürdig schweigsam geworden. Die sozialistische Öffentlichkeit, die von den Cyberspace-Veröffentlichungen der IG bombardiert wird, hat ein Recht darauf zu erfahren: Was ist denn nun aus der Behauptung der IG geworden, daß sie die Bullen aus der Gewerkschaft geworfen hätten? Wer ist denn nun wirklich Präsident der SFP-MVR? Was ist dran an der mündlichen Behauptung der IG, daß die SFP-MVR überhaupt keine Gewerkschaft mehr sei, wahrscheinlich weil die bürgerlichen Gerichte das LQB-Mitglied Ribeiro trotz seiner vielen Verfahren gegen die Gewerkschaft nicht wieder in sein Amt eingesetzt haben? Es ist unglaublich, daß in der ersten Ausgabe des



Harvard College Library

**Kongreß von Baku 1920 im sowjetischen Aserbaidschan, organisiert von der Kommunistischen Internationale, um revolutionären Kampf bei unterdrückten Völkern des Ostens zu verbreiten**

*Internationalist* seit mehr als sechs Monaten der „kochende Topf“ von Volta Redonda vom Herd der LFI heruntergenommen wurde, ohne auch nur ein Wort der Erklärung!

Hier haben wir den Hintergrund für die neuen Lügen, daß die IKL in bezug auf Puerto Rico sozialchauvinistisch geworden sei. Nordens LFI steckt ganz schön in der Klemme. Ihr Klassenverrat in Volta Redonda fügte dem Proletariat Schaden zu und diskreditierte sie als die opportunistischen Schaumschläger, die sie sind. Ihre französische „Sektion“ ist eine Fata Morgana, die man nirgendwo in der gesamten französischen Linken zu Gesicht bekommt. Und in ihrem nordamerikanischen Hauptquartier hat die *Internationalist Group* in den zweieinhalb Jahren ihrer Existenz

*Fortgesetzt auf Seite 20*

## Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 19

keine einzige öffentlich angekündigte Veranstaltung durchgeführt! Norden kann seine politische Abkehr vom Trotzkiismus und von der IKL nicht rechtfertigen, deshalb greift er zu den üblichen, gegen „Gringos“ hetzenden Lügen von lateinamerikanischen Nationalisten, um seine Pseudointernationale zusammenzuhalten. Schmutz auf die IKL zu werfen ist auch die Eintrittskarte zu den nationalistischen Milieus der Klassenzusammenarbeit, denen Norden hinterherkriecht – Milieus, die durch und durch feindlich gegenüber dem bolschewistischen Programm und den bolschewistischen Praktiken der IKL sind. *Deshalb lügen sie.* Die Lügen der IG sind eine milde Form der Gewalttätigkeit von politischen Feiglingen, die ihre Randexistenz rechtfertigen wollen und die keine politische Rechtfertigung geben können für ihren Verrat an den Prinzipien, die sie angeblich hochhalten.

### Doppelzüngigkeit und imperialistische Arroganz

Die IG behauptet, sie „tritt ein für die Unabhängigkeit“ Puerto Ricos, und will glauben machen, dies sei der Kern ihrer Differenzen zur IKL. Jeder Winkeladvokat weiß: Wenn das Gesetz gegen einen ist, dann verdreht man die Beweise; wenn die Beweislage gegen einen ist, dann verdreht man das Gesetz; wenn beides gegen einen spricht, dann haut man auf den Tisch. Wie kräftig die IG aber auch immer auf den Tisch haut, es gelingt ihr nicht, ihre lachhaften Fälschungen zu kaschieren.

Die IG behauptet, daß die IKL eine „glatte Kapitulation vor ‚ihrer eigenen‘ Bourgeoisie“ betreibt, weil wir zur Zeit nicht die Unabhängigkeit propagieren, d. h. weil wir jetzt nicht die Position vertreten, daß sich Puerto Rico von den USA lostrennen muß. Der *Internationalist* zitiert unsere Position, die im *Workers Vanguard* Nr. 696 (11. September 1998) abgedruckt ist:

„Marxisten verteidigen das Recht Puerto Ricos auf Selbstbestimmung und unterstützen Kämpfe für Unabhängigkeit, um dem US-Imperialismus einen Schlag zu versetzen und die nationale Frage von der Tagesordnung in Puerto Rico streichen zu können. Aber wir sind nicht dafür, irgend jemandem eine Annexion, Föderation oder selbst die Unabhängigkeit aufzuzwingen, am allerwenigsten durch den rassistischen US-Imperialismus.

Wir *treten* zur Zeit nicht *ein* für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, gerade auch weil die überwältigende

Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht dafür ist.“

Weiter hinten im Artikel ist die eigene Position der IG begraben, die in klassisch zentristischer Manier zuerst vor dem Nationalismus kapituliert und dann versucht, dies damit zu bemänteln, daß sie sich die marxistische Position der SL/U.S. ausborgt. Sie selbst von einem Satz zum anderen widersprechend, *tritt* die IG *ein* für die Unabhängigkeit, während sie zugleich argumentiert, daß sie für die Unabhängigkeit *nicht eintreten* würde, wenn dies der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung entgegenstände – ein lebendiges Beispiel, warum Trotzki den Zentrismus als „kristallisierte Konfusion“ beschrieben hat:

„Die Internationalist Group und die League for the Fourth International treten ein für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, um dem US-Imperialismus einen Schlag zu versetzen und weil der internationale Klassenkampf nur dadurch vorwärts kommen kann, daß die nationale Unterjochung der Kolonialherrschaft aufgebrochen wird. Wir unterstützen Kämpfe für Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft, selbst wenn sie von kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften angeführt werden...“

Nächster Absatz:

„Zur gleichen Zeit bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß gegenwärtig eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Puerto Ricos – wie verzerrt auch immer das bei einer Volksabstimmung in einer Kolonie zum Ausdruck kommt – nicht für die Unabhängigkeit ist. Weil das Recht auf Selbstbestimmung eine demokratische Frage ist und die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat, der Bevölkerung Puerto Ricos die Unabhängigkeit gegen ihren Willen aufzuzwingen – besonders deshalb, weil der Anstoß zu einer Lostrennung von rechten Reaktionären kommt –, betonen wir unsere Verteidigung von Puerto Ricos Recht auf Unabhängigkeit.“

Wie es aussieht, steht Norden ganz schön dumm da. So viel zu der hirnverbrannten Behauptung der IG, daß es einer Kapitulation vor dem US-Imperialismus gleichkomme, wenn man den Willen der unterdrückten Bevölkerung berücksichtigt!

In Anerkennung der sehr realen Widersprüche bei den unterdrückten puertoricanischen Massen hat die Spartacist League/U.S. 1993 unsere Position zur nationalen Frage in Puerto Rico überprüft und unsere zentrale Losung entsprechend geändert: „Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!“ Dies war die Überschrift unseres Artikels in *Workers Vanguard* Nr. 588 (19. November 1993), und Norden, damals noch Redakteur von *WV*, erklärte sich mit der Änderung einverstanden. Heißt das, daß er ein Kautskyaner war, oder war er einfach ein politischer Feigling, der keinen Mumm hatte, seine (abweichende) Position ausdiskutieren?

Nordens tatsächliche, langjährige Position, die einen Beigeschmack von imperialistischer Yankee-Arroganz hat, war: „Unabhängigkeit, ob sie es wollen oder nicht“. Üblicherweise stolzierte Norden jedesmal, wenn ein Artikel über Puerto Rico für den *WV* diskutiert wurde, im Redaktionsbüro umher und sagte genau das. Diese Linie fand unglücklicherweise einmal Eingang in einen veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Puerto Rico at the Crossroads“ [Puerto Rico am Scheideweg] (*WV* Nr. 374, 8. März 1985), wo es hieß: „Zwar sind *zur Zeit* die puertoricanischen Massen nicht für eine Lostrennung von der US-Herrschaft, doch ob es ihnen paßt oder nicht, sind Kommunisten für die Unabhängigkeit.“ Ob es ihnen paßt oder nicht? Lenin hatte ein paar treffende Worte für Leute, die den Marxismus in der nationalen Frage derart vulgärökonomistisch entstellen: „Wird nun der siegreiche Sozialismus, der auf der ganzen Linie die vollkommene Demokratie wiederherstellen



### Abonniere jetzt!

Workers Vanguard  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.  
Spartacist (englische  
Ausgabe)

Luftpost DM 50,-  
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 11988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 10060



Zayas/El Nuevo Dia

**Juli 1998: Bürgermeister von Ponce an der Spitze einer Demonstration zur Unterstützung der Telefonarbeiter beim Generalstreik. Die Streikführung stellte CAOS, ein Bündnis der Klassenzusammenarbeit, das Gewerkschaften und bürgerlich-nationalistische Parteien aneinanderkettet**

und zu Ende führen wird, auf die ‚demokratische‘ Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten? Wird er mit den ‚Sympathien‘ der Bevölkerung nicht rechnen wollen? Es genügt, diese Fragen zu stellen, um klar zu sehen, wie unsere polnischen Kollegen vom Marxismus weg dem ‚imperialistischen Ökonomismus‘ zutreiben...

Der Kapitalismus tut diesen Sympathien Gewalt an und vermehrt dadurch die Schwierigkeiten bei der Annäherung der Nationen. Der Sozialismus, der die Produktion ohne Klassenunterdrückung organisiert und den Wohlstand aller Staatsangehörigen sichert, gewährt dadurch den ‚Sympathien‘ der Bevölkerung freien Spielraum und erleichtert und beschleunigt gerade kraft dessen gewaltig die Annäherung und Verschmelzung der Nationen.“ („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Juli 1916)

Lenins Hauptpolemik zur nationalen und kolonialen Frage trug nicht den Titel „Lostrennung jetzt und für immer!“, sondern vielmehr: „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Februar bis Mai 1914). Im Gegensatz zu den Lügen der Internationalist Group lautet Lenins Position:

„Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit ‚Ja oder Nein‘ antworten? Das scheint eine eminent ‚praktische‘ Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in theoretischer Hinsicht, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich nicht im voraus mit Sicherheit sagen, ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist in beiden Fällen wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben zugunsten der Aufgaben der ‚eigenen‘ Nation in den Hintergrund schiebt. Des-

halb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des *Rechts* auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation *irgend etwas auf Kosten* einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten.“

Für wirkliche Marxisten stellt sich die Frage folgendermaßen: Wie kann man unter den gegebenen historischen Bedingungen am besten den Einfluß des Nationalismus und Chauvinismus brechen und die Arbeiter gegen ihre eigene Bourgeoisie ausrichten. Die Schlußfolgerung des *Kommunistischen Manifests* besteht darin, daß die Arbeiterklasse kein Vaterland hat. Um zu einer weltweiten sozialistischen Planwirtschaft zu gelangen, kämpfen Leninisten dafür, die nationale Unterdrückung zu beseitigen, die die Einheit des internationalen Proletariats vergiftet. Die Lösung ist nicht zu jeder Zeit an jedem Ort gleich, genau wie die Politik für ein Land auch nicht mechanisch auf ein anderes übertragen werden kann.

### **IG-Nationalisten zum Generalstreik in Puerto Rico**

Der zweitägige Generalstreik gegen die Privatisierung der Telefongesellschaft von Puerto Rico am 7./8. Juli 1998 zeigt die Doppelzüngigkeit der IG, die dazu dient, sich besser dem bürgerlichen Nationalismus anzubiedern. Der Streik, der vor dem Hintergrund der Hundertjahrfeier der Kolonialherrschaft der USA über Puerto Rico stattfand, hatte den Charakter eines politischen Protests. Die politische Unabhängigkeit des Proletariats wurde dem Programm der bürgerlichen Nationalisten untergeordnet, die die Unzufriedenheit im Proletariat über die Privatisierung dazu ausnutzten, ihre eigenen Interessen voranzutreiben. Die Internationalist Group verschleierte die Bedeutung der Nationalisten, indem sie leugnete, daß diese auch nur irgendeine Rolle in der Streikbewegung gespielt hätten! Die IG fälschte sogar den Namen des *Bündnisses der Klassenzusammenarbeit*, das den Streik geführt hat, um die bürgerlichen politischen und rechten religiösen Elemente nicht erwähnen zu müssen.

Der Streik wurde von CAOS angeführt. In ihrer Propaganda wird CAOS von der IG als „Umfassendes Komitee von Gewerkschaftsorganisationen“ bezeichnet. Tatsächlich steht CAOS für „Comité Amplio de Organizaciones Sindicales, Cívicas y Religiosas“, was von den Zeitungen und CAOS selber als „Groß-Komitee von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, religiösen, kulturellen, politischen, studentischen und Umweltschutzorganisationen“ übersetzt wurde. Die Auflösung der proletarischen Zentralität in einen breiten nationalistischen Sumpf, der den Streik (in die Irre) führte, war ein bewußter Schachzug der Nationalisten, der allerdings nicht reibungslos funktionierte. CAOS entstand aus einer Auseinandersetzung heraus, an der auch der Präsident der Gewerkschaftsföderation CPT (Central Puertorriqueña de Trabajadores) beteiligt war, der ein Komitee als Dachorganisation haben wollte, das nur aus Puerto Ricos drei Gewerkschaftsverbänden besteht. Er wurde ausmanövriert, und CAOS wurde explizit als „breite Bewegung“ des „ganzen Volkes“ gegründet, d.h. als Netzwerk der Klassenzusammenarbeit.

Nordens IG stellt CAOS verlogen als eine „Dachorganisation von Gewerkschafts- und linken Organisationen“ hin und behauptet, daß die bürgerliche Puertoricanische Unab-

*Fortgesetzt auf Seite 22*

## Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 21

hängigkeitspartei (PIP) „nicht dazugehörte (auch keine Politiker der PIP oder PPD)“. Die IG leugnet die Mitwirkung bürgerlicher Elemente, damit sie vor ihnen kapitulieren kann. Aber indem die IG solch dreiste Lügen abdruckte, sägte sie genau den Ast ab, auf dem sie saß. CAOS selber und auch ein Link auf der Web-Seite der Gewerkschaft UTIER veröffentlichten die Liste der *CAOS-Delegierten* bei der Versammlung, die zur Planung des Streiks stattfand. Bei dieser Versammlung, die im Juni in Carolina abgehalten wurde, gab es auch die folgenden Teilnehmer: den Delegierten Nr. 29 „Nuevo Movimiento Independentista (Julio Muriente)“ und den Delegierten Nr. 31 „Partido Independentista Puertorriqueño (Victor Garcia San Inocencio)“!

Die Lügen dienen einfach zur Verschleierung der politischen Kapitulation der IG. Offensichtlich war die IG nicht



Henissart

**Dezember 1960: Algerische Massen beim mutigen Protest gegen französische Kolonialherrschaft. Algerien errang 1962 die Unabhängigkeit**

imstände, gegen die enge Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit bürgerlichen Nationalisten und der katholischen Kirche während des Streiks zu polemisieren, denn sie leugneten, daß diese ein Faktor waren. Nachdem die IG den Streik aufgeregt als „Entscheidungsschlacht“ für das Proletariat bezeichnet hatte, enthielt sie sich jeglicher Kritik an den Verbindungen der Bürokratie mit den Nationalisten, *bis der Streik vorbei war*. Dadurch machte sie sich zum stillschweigenden Komplizen der klassenkollaborationistischen Führung.

Während des Streiks selber ging das *Maximum* an Kritik, die die IG gegenüber der Führung vorbrachte, nicht darüber hinaus, wie viele Stunden man streiken sollte! Sie schrieb: „Die größte Schwäche des Arbeiterkampfes gegen die Privatisierung gibt es an der Spitze, wo Gewerkschaftsbürokraten sich darüber in den Haaren lagen, ob der Streik begrenzt oder unbegrenzt sein sollte, wann man ihn ausrufen sollte oder ob man überhaupt streiken sollte.“ Die zentrale Frage des politischen Bewußtseins des Proletariats, seiner Klassenunabhängigkeit, wird kaum erwähnt, ganz zu schweigen von einem expliziten Kampf gegen die nationalistischen Gewerkschafts-Irreführer.

Kaum war der Streik vorbei, packte die IG ihre Fan-Klamotten wieder weg und zog sich die Robe des Pseudotrotzkismus über. Bei einer (nicht öffentlichen) Schulung über den Streik in Puerto Rico, die als Artikel im letzten *Internationalist* abgedruckt wurde, gibt die IG die neue Richtung vor: „Infolge des bürokratischen Verrats scheiterte der Streik – dies ist der harte Fakt, dem Marxisten und alle Verteidiger der Sache der Arbeiterbewegung ins Gesicht sehen müssen.“ Erst jetzt verurteilt die IG die „Independentista-Einheit“ zwischen der Gewerkschaftsbewegung und bürgerlichen Parteien wie der PIP. Bei „Verteidigern der Sache der Arbeiterbewegung“ wie der IG, wer braucht da noch Ausverkäufer?

Der klarste Ausdruck dafür, wie die IG sich an den Nationalismus anbiedert und den Kampf für die Schmiebung einer leninistischen proletarischen Partei ablehnt, ist ihre Verurteilung der IKL, daß wir nicht *innerhalb Puerto Ricos* für Unabhängigkeit eintreten. Sie schreiben: „Für jeden revolutionär gesinnten Kämpfer in Puerto Rico wäre diese Linie eine politische Bankrotterklärung.“ Somit gibt die IG den revolutionären internationalistischen Zweck des Leninismus auf: Chauvinismus in der Unterdrückernation zu bekämpfen und Nationalismus im unterdrückten Land zu bekämpfen.

In ähnlicher Weise enthielt das „Programm der Klassenkampf-Fraktion“, das von der LQB, brasilianische Schwesterorganisation der IG, vorgelegt wurde (übersetzt in *Internationalist*, Januar/Februar 1998), *kein einziges Wort* über die Notwendigkeit, den in der ganzen brasilianischen Linken vorherrschenden nationalistischen Einfluß zu bekämpfen. Dabei ist in ganz Lateinamerika der Kampf gegen bürgerlichen Nationalismus *der Schlüssel* zur Perspektive der permanenten Revolution, die der einzige Weg zur Zerstörung der kapitalistischen Ordnung ist. Mit ihrem Hang zur Kapitulation könnte die IG in ihrer eigenen Badewanne nicht gegen den Strom schwimmen. Aber sicherlich träumt Norden von einem größeren Gewässer ... Professor Comandante Norden, als Mächtetern-Mitglied einer neuen herrschenden Klasse in Puerto Rico, zusammen mit seinem Getreuen, Bischof Negrete!

### Algerien, Vietnam, Irland

Die Polemik der IG ist da am absurdesten, wo sie die heutige Situation in Puerto Rico mit den Unabhängigkeitskämpfen in Algerien, Vietnam und Irland vergleicht – als ob jede dieser historischen Situationen gleich oder auch nur ähnlich gewesen wäre. Es gab einen gar nicht mal so unbedeutenden Kampf, *Algerienkrieg* genannt, bei dem nach acht Kriegsjahren und mehr als einer Million Toten die französischen Imperialisten rausgeschmissen wurden. Was Vietnam angeht: Auch dieser Kampf für die Unabhängigkeit war keine Sache von Volksabstimmungen, sondern ein *jahrzehntelanger Krieg*. Er begann mit Streiks in den Städten und Rebellionen auf dem Land, organisiert von der Kommunistischen Partei in den 30er Jahren, führte 1954 bei Dien Bien Phu zur Vertreibung der Franzosen aus Indochina, und brachte schließlich den Sieg über den imperialistischen US-Koloß, was 1975 in einer sozialen Revolution gegen die kapitalistische Kolonialherrschaft im Süden gipfelte. Was Irland betrifft, dauert der Kampf für die Unabhängigkeit schon *Jahrhunderte*, er geht zumindest zurück auf Wolfe Tone und die Rebellion der United Irishmen von 1798, die die Unabhängigkeit von England erreichen wollten.

Die IG sollte sich mit dem Kampf für die irische Unabhängigkeit vertraut machen, denn er ist sehr lehrreich in bezug auf die *imperialistische* Beziehung zwischen der nordamerikanischen IG und ihrem mexikanischen Grüppchen. Die angebliche mexikanische Gruppe der IG hat noch nicht einmal den Anschein von organisatorischer Unab-

hängigkeit, sie wird im Gründungsdokument der selbsternannten „League for the Fourth International“ überhaupt nur als Anhängsel eines Schrägstrichs erwähnt: „die Internationalist Group (U.S./Mexiko)“ (*Internationalist*, April/Mai 1998)! In der ersten Internationale kämpfte Engels dagegen, daß nationale Sektionen wie koloniale Anhängsel behandelt wurden, auch was ihren Status in der Organisation betraf. Gegen Vorschläge, daß die irischen Genossen der britischen Sektion untergeordnet sein sollten, argumentierte Engels: „Wenn Mitglieder der Internationale, die einer erobernden Nation angehören, die Nation, die erobert worden ist und weiterhin unterdrückt wird, aufforderten, ihre spezifische Nationalität und Lage zu vergessen, ‚nationale Differenzen beizulegen‘ usf., so wäre das kein Internationalismus, sondern nichts weiter, als ihnen Unterwerfung unter das Joch zu predigen, und ein Versuch, die Herrschaft des Eroberers unter dem Deckmantel des Internationalismus zu rechtfertigen und zu verewigen... Wenn die Initiatoren dieses Antrages so bis zum Rande vom wahren internationalen Geist erfüllt sind, so mögen sie das dadurch beweisen, daß sie den Sitz des Britischen Föderalrats nach Dublin verlegen und einem Rat von Iren unterstellen.“ („Über die Beziehungen zwischen den irischen Sektionen und dem Britischen Föderalrat“, 14. Mai 1872)

Wenn die IKL eine organisierte Gruppe von Anhängern in Puerto Rico hätte, so wäre diese natürlich eine eigene Sektion unserer demokratisch-zentralistischen Internationale, wie dies heute bei unserer mexikanischen Sektion der Fall ist. Im krassen Gegensatz dazu hält die IG/LFI eine erniedrigende Beziehung aufrecht, bei der sie „Unterwerfung unter das Joch predigen“.

### Unabhängigkeit für Quebec? Die IG sagt „vielleicht“

Daß die Position der IG zu Puerto Rico eine reine Kapitulation vor lateinamerikanischem Nationalismus ist, kommt durch ihre zweideutige Position zur Unabhängigkeit von Quebec deutlicher zum Ausdruck. Nach ausführlichen internen Diskussionen hat 1995 die Trotskyist League of Canada/Ligue Trotskyste du Canada, und die IKL insgesamt, unsere Position geändert, und zwar von der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung zum direkten *Ein-treten* für die Unabhängigkeit Quebecs. Die IG sagt, dieser Linienwechsel sei „korrekt“ gewesen, nur um dann zu behaupten, daß er sich allzu eng auf den „wachsenden anti-französischen Chauvinismus im englischsprachigen Kanada“ stütze. Das stimmt nicht. Unser Linienwechsel war das Ergebnis einer gründlichen *Neubewertung* der Tiefe der nationalen Gegensätze in Kanada zumindest während der letzten zwei Jahrzehnte (siehe „Unabhängigkeit für Quebec!“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 17, Frühjahr 1996). Wir erkannten, daß wir in der Tat sehr spät dran waren, die Forderung nach Unabhängigkeit für Quebec aufzustellen, und daß es unsere kanadische Sektion als revolutionären Faktor ernsthaft in Frage gestellt hätte, wenn wir unsere Position nicht geändert hätten.

Bezeichnenderweise bestand Nordens einziger Beitrag zu dieser ausführlichen internen Diskussion darin, *gegen die Unabhängigkeit Quebecs* zu argumentieren. Eine wörtliche Abschrift von Nordens Bemerkungen bei der Debatte über Quebec während einer Sitzung unseres Internationalen Sekretariats im Jahre 1995 bringt seine Argumentation zum Vorschein, daß das grundlegende leninistische Verständnis vom bürgerlichen Staat und den Mächtschaften des Imperialismus inzwischen überholt sei. Norden machte sich auch die These von der „Globalisierung“ zu eigen, eine moderne Variante der Hypothese des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, es gäbe einen einheitlichen welt-

weiten „Ultra-Imperialismus“; damit wollte Kautsky die wachsenden Widersprüche des kapitalistischen Systems und die Rolle der „Arbeiterleutnants des Kapitals“ verschleiern. Nachdem Norden in bezug auf Belgien die zunehmend polarisierten und vergifteten nationalistischen Spannungen als etwas abgetan hatte, das „alle fünf oder zehn Jahre wieder aufflammt“(!), fuhr er fort:

„Ich meine, die eine Sache, die in der letzten Periode wichtig war, ist – denke ich –, daß ganz allgemein gilt, daß die nationale Frage nicht mehr genau das ist, was sie in der Vergangenheit war. Denn mit der fortschreitenden Entwicklung und dem Verfall des Kapitalismus wird die Wirtschaft viel mehr global.“

Die umwerfende sozialdemokratische Schlußfolgerung von Nordens Intervention lautete genau wie folgt:

„Aber es gibt eine Tendenz, in gewisser Weise auseinanderzugehen. Und das könnte sich in dieser Tatsache widerspiegeln: Nämlich in dem Zusammenhang, wo man im wesentlichen die NAFTA [Nordamerikanische Freihandelszone] hat usw., scheint mir der kanadische Staat selber eher irrelevant zu werden oder zu sein.“

Nordens Revision des Marxismus war ein solcher Hammer, daß unser Genosse Jim Robertson, der die Rede für die Position der Unabhängigkeit Quebecs hielt, die Zeit seiner Zusammenfassung eigens darauf verwandte, ihn zurückzuweisen:

„Ich war jedoch besorgt über Norden, der – wie ich dachte – nur in einer sehr episodisch auf den heutigen Tag begrenzten Weise politisch korrekt war, wenn er sagt, daß der Nationalstaat an jedem Ende zusammenbricht, wo man dann kleine regionale Gruppierungen hat wie die

*Fortgesetzt auf Seite 24*



*Workers Vanguard*

**Spartacist League/US demonstriert im September 1991 für Verteidigung von Kuba, als nach Jelzins Gegenputsch im August die sowjetische Hilfe gestoppt wurde**

## Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 23

Bretagne oder andere Gegenden in Frankreich, und dann im Zusammenhang mit der Europäischen Union diese riesigen Zusammenballungen von Kapital unter der Führung der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Japans. Ich glaube, das ist schrecklich impressionistisch – die globale Wirtschaft, die alles erobert. Dies wird genau bis zur ersten richtigen Wirtschaftskrise oder dem ersten militärischen Zusammenstoß so gehen. Es ist schrecklich naiv...

Also ja, ich glaube, daß wir für die Unabhängigkeit der Québécois eintreten sollten. Ich meine, daß damit die im Augenblick schrecklich vergiftete Situation durchbrochen wird. Vergeßt nicht, wir sind nicht Stalin, der so etwas am nächsten Tag erledigt. Wir treten aus dem Grund dafür ein, weil es zwei eigenständige Nationen gibt, mit eigener Sprache und eigener Kultur, die ihren eigenen Weg gehen und gegen ihre eigenen Bosse kämpfen sollten, und dann werden die Arbeiterklassen dieser beiden Länder eine Basis für eine gemeinsame Zukunft haben.“

Jeder Opportunismus ist seiner Natur nach nationalistisch. Deshalb ist es keine Überraschung, daß Norden, auf seiner Flucht vor dem revolutionären Trotzkiismus, sich dem Dritte-Welt-Nationalismus in Lateinamerika in die Arme wirft und gleichzeitig die Unabhängigkeit für die unterdrückten Québécois ablehnt. Dahinter steckt eine grundlegend antimarxistische Konzeption von „progressiven Völkern“ wie den Puertoricanern im Gegensatz zu Völkern, die „reaktionär“ (oder wenigstens in heutigen kleinbürgerlichen linken Zirkeln weniger „im Trend“) sind wie die Québécois. Norden verteidigt selektiv die nationalen Rechte bestimmter Völker, aber für ihn bedeutet das, vor den bürgerlichen Nationalisten dieser Länder zu kriechen. Das ist etwas ganz anderes als Lenins unerschütterliches Eintreten für den Kampf gegen alle Formen nationaler Unterdrückung, das in keiner Weise bedeutet hat, sich dem Nationalismus der Unterdrückten anzupassen.

In seiner Moralpredigt gegen die IKL tut der *Internationalist* so, als ob es einen strikten Unterschied gäbe zwischen Kolonien (wie Puerto Rico) und unterdrückten Nationen (wie Quebec). Sie schreiben:

„Kolonien sind keine Nationalitäten in einem multinationalen Staat. In diesem Fall ist das Recht auf Selbstbestimmung nicht gleichbedeutend mit dem Recht auf Trennung, das man ausüben kann oder nicht, abhängig von der jeweiligen Situation. Koloniale Unterjochung ist gleichbedeutend mit Sklaverei, denn die Beziehung zwischen der imperialistischen Macht und der Kolonie ist von Natur aus unterdrückerisch, egal wie sie maskiert ist.“

Also sind nach Meinung der IG nationale Beziehungen in einem multinationalen Staat *nicht* „von Natur aus unterdrückerisch“! Versuch das mal, den Québécois zu erzählen, die seit mehr als zwei Jahrhunderten von den dominanten Anglo-Herrschern in Kanada als Nation unterdrückt werden! Tatsächlich beruhen alle bürgerlichen Nationalstaaten *notwendigerweise* auf der Vorherrschaft einer einzigen Nationalität, die eine einzige Sprache spricht, und auf der Unterdrückung anderer Völker.

Lenins Schriften über die nationale und koloniale Frage sind durchdrungen vom Verständnis, daß das Eintreten für die Befreiung der Kolonien und unterdrückten Nationen entscheidend dafür ist, das Proletariat zum Bewußtsein seiner historischen revolutionären Aufgaben zu führen. Bei der Organisierung der proletarischen Zerschlagung des zaristischen Völkergefängnisses zog Lenin keine falsche, strikte

Trennlinie z. B. zwischen der Ukraine und Polen auf der einen Seite und Turkestan und dem Kaukasus auf der anderen. Statt dessen untersuchte er die jeweilige nationale Frage ganz konkret und berücksichtigte dabei sorgfältig den Willen der unterdrückten Völker, wo immer das möglich war, um den Kampf für die proletarische Machteroberung voranzubringen. Genau dieses Erbe ist die Grundlage der IKL in unserem Kampf zur Wiederschmiedung von Leo Trotzki's Vierter Internationale. Damit haben die Lügen und Verdrehungen im Dienste des bürgerlichen Nationalismus, wie sie Nordens IG/LFI einsetzt, nicht das Geringste zu tun. Wie Trotzki 1932 schrieb:

„Was den Bolschewismus in der nationalen Frage kennzeichnet, ist, daß er die unterdrückten Nationen, selbst die rückständigsten, nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte der Politik betrachtet. Der Bolschewismus begnügt sich nicht mit der Anerkennung ihres ‚Rechtes‘ auf Selbstbestimmung und mit parlamentarischen Protesten gegen die Mißachtung dieses Rechtes. Der Bolschewismus dringt tief in die unterdrückten Nationen ein, erhebt sie gegen die Unterdrücker, verbindet ihren Kampf mit dem Kampf des Proletariats der kapitalistischen Länder, unterweist die unterdrückten Chinesen, Inder und Araber in der Kunst des Aufstandes und nimmt die volle Verantwortung für diese Arbeit vor dem Angesicht der zivilisierten Henkersknechte auf sich. Hier erst beginnt auch der wahre Bolschewismus, d. h. der revolutionäre Marxismus der Tat. Was vor dieser Grenze stehenbleibt, bleibt alles Zentrismus.“ („Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“, Januar 1932, in: *Schriften über Deutschland*, Band 1, S. 246)

### Wohin geht die IG?

Daß die nationale Frage, in der Tat sogar der bürgerliche Staat selber, in der nachsowjetischen Welt zunehmend „irrelevant“ geworden sei, wie Norden es formuliert hat, stellt die Realität auf den Kopf. Die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung hat höchstens *noch weiter* an Bedeutung gewonnen. Die Eskalation der interimperialistischen Rivalitäten, die auf den Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion folgte, die Kampagne der Hauptmächte, die Welt in regionale Handelsblöcke neu aufzuteilen, und die zunehmende Verlagerung der Industrieproduktion in Niedriglohnländer der Dritten Welt, all dies *verstärkt* die Notwendigkeit für Kommunisten, sich für das Recht von neokolonialen und unterdrückten Nationen einzusetzen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfes voranzubringen.

Die Existenz der Sowjetunion stellte eine Barriere für Nordens halsbrecherische Kapitulation vor dem lateinamerikanischen Nationalismus dar, denn damals waren alle Pseudotrotzkisten in Lateinamerika bei jedem wichtigen Konflikt zwischen dem US-Imperialismus und den bürokratisch deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten auf der anderen Seite der Klassenlinie. Dies reichte von Afghanistan, wo die IKL zum sowjetischen Einmarsch „Hoch die Rote Armee!“ sagte und die Pseudolinke dem US-Imperialismus hinterherlief, bis hin zu Polen, wo die IKL den deformierten Arbeiterstaat verteidigte und die Pseudolinke für Solidarność – eine gelbe Gewerkschaft für die kapitalistische Konterrevolution – die Werbetrommel rührte.

Aber als die kapitalistische Konterrevolution ganz Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion überrollte, kam Norden zunehmend aus dem Gleichgewicht. Dies spitzte sich nach der konterrevolutionären Zerstörung des ehemaligen deformierten Arbeiterstaates DDR zu. Als es Ende 1989 zum Fall der Berliner Mauer kam, mobilisierte die IKL alle unsere internationalen Ressourcen, um als der subjektive



Faktor zu handeln, als die revolutionäre trotzkistische Führung, die notwendig war, um die politische Revolution in der DDR anzuführen. Aber nach dem Anschluß der DDR durch den deutschen Imperialismus versuchte Norden, sich genau an die stalinistischen Bürokraten anzupassen, die die DDR an die kapitalistische Konterrevolution ausverkauft hatten. In einer Rede an die ostdeutschen stalinistischen Überbleibsel der „Kommunistischen Plattform“ an der Berliner Humboldt-Universität 1995 spuckte Norden auf das Programm und die Intervention der IKL und behauptete unglaublicherweise gegenüber diesen Typen, *gegen* die unser Kampf zur Führung einer politischen Revolution gerichtet war: Leider „*fehlte gerade das Schlüssелеlement, die revolutionäre Führung*“ (siehe SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzismus“).

Ein entscheidender Wendepunkt, der Nordens Bruch vom Trotzismus markierte, war seine Reaktion auf die Hinrichtung des kubanischen Generals Ochoa durch das Castro-Regime 1990. Hier gab es für Norden eine Überschneidung der zwei Milieus, vor denen er zutiefst kapitulierte: stalinistische Bürokraten und lateinamerikanische Nationalisten. Deshalb versuchte Norden die im Schnellverfahren durchgeführte Hinrichtung von General Ochoa, der in Angola den Sieg über die rassistische Armee des Apartheidregimes Südafrikas angeführt hatte, mit dem Argument zu verteidigen, daß die „Beweise“ für Ochoas Schuld wahr sein müßten. In der naiven Annahme, daß Fidel Castro zu keiner Lüge fähig sei, schrieb Norden dann eine peinliche Rechtfertigung für Castro in *WV* Nr. 500 (20. April 1990), die in der nächsten Ausgabe öffentlich richtiggestellt werden mußte (*WV* Nr. 501, 4. Mai 1990).

In *Verratene Revolution*, Trotzkis scharfer Analyse der Degeneration der Russischen Revolution, des Doppelcharakters der stalinistischen Bürokratie und der explosiven Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaft, stellte er schonungslos die Alternative: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?“ Trotzkis prophetische Warnung bestätigte sich auf bittere Weise negativ. Die IG weist Trotzkis Warnung zurück, statt dessen predigt sie dem Proletariat, sich dem Bürokraten anzupassen und sogar Druck auf diese parasitäre Kaste auszuüben, damit diese die revolutionäre Führung stelle. Die IG leugnet den historischen Rückschritt des proletarischen Klassenbewußtseins, der eine direkte Folge der schrecklichen Niederlage ist, die die endgültige

Zerstörung der Russischen Revolution bedeutet. Sie leugnet dies, um vor dem neuen *niedrigeren* Niveau des Bewußtseins kapitulieren zu können, und gibt den Kampf für die Schmiedung authentisch trotzkistischer Parteien auf, während sie versucht, illusorische Abkürzungen zu finden, sei es durch zwielichtige Gewerkschaftstypen in Brasilien oder durch stalinistische Bürokraten von Kuba bis zur ehemaligen DDR.

Die IG behauptet, daß die IKL die Prämisse von Trotzkis Vierter Internationale zurückgewiesen habe: die zentrale Notwendigkeit, die Führungskrise des internationalen Proletariats zu lösen. Das ist eine Lüge. Wie die „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms“ der IKL feststellt:

„Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet‘, wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse. Der Marxismus muß erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998)

Die endgültige Zerstörung der Russischen Revolution bedeutet, daß die Identifizierung proletarischer Kämpfe mit dem Ideal des Sozialismus auf einem Tiefpunkt ist – nicht überall, nicht gleichmäßig, aber als ein realer Faktor und als Herausforderung, der man sich entgegenstellen muß. Die IG ignoriert das, denn sie verschafft den stalinistischen Bürokraten, die den Marxismus pervertiert und der kapitalistischen Konterrevolution Vorschub geleistet haben, ein Alibi, und sie verherrlicht das bestehende Bewußtsein des Proletariats und kapituliert davor. Solche Roßtäuscher werden nie eine leninistische Partei aufbauen. Die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution ist die Aufgabe, die zu lösen die IKL anstrebt, indem sie den politischen Kampf gegen die Irreführer der Arbeiterklasse und ihre reformistischen und zentristischen Anhängsel führt.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 704, 8. Januar 1999

<p><b>Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands</b> Section der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationale)</p> <p>Diskussionsbulletin</p> <p>Die nachsowjetische Periode und zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde</p> <p><b>Nordens „Gruppe“: Verschämter Abschied vom Trotzismus</b></p> <p>Übersetzung des <i>International Bulletin</i> Nr. 38, herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL.</p> <p>DM 10,- (164 Seiten)</p>	<p><b>SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25</b> Übersetzung des <i>International Bulletin</i> Nr. 38 (in englischer Sprache, ebenfalls erhältlich).</p> <p><b>DM 10,- (164 Seiten)</b></p> <p><b>Die Norden-„Gruppe“: Vielfältiger Opportunismus</b> (in englischer Sprache) enthält das Bulletin der Norden-„Gruppe“ vom Juli 1996 und eine Einleitung</p> <p><b>DM 8,- (96 Seiten)</b></p> <p>Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 500 100 60, Konto 119 88-601</p>	<p><b>Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League</b></p> <p>— a bulletin series of opponent material</p> <p><b>NUMBER 9</b></p> <p><b>The Norden "Group": Polymorphous Opportunism</b></p> <p>Introductory Note</p> <p>"After Spartacist League Purges Leading Cadres, ICL Flees from Class Battle in Brazil— From a Drift Toward Abstentionism to Desertion from the Class Struggle"</p> <p>Published by the Norden "group," July 1996</p> <p>Spartacist Publishing Company Box 1277 GPO New York, New York 10016 USA</p> <p>August 1996 Volume 24, 9 ISSN: 0893-2315 ISSN 0893-2315 Rate \$2.50/Year \$20.00/5 Years</p>
--	--	---

## BT-Debatte...

Fortsetzung von Seite 15

stalinistische Theorie der „Revolution in Etappen“ übernommen hätten: „Und zu behaupten, daß der proletarische Kampf nicht erfolgreich sein kann, solange Quebec nicht unabhängig ist, impliziert eine Art Zwei-Etappen-Modell der sozialen Revolution. Zuerst kriegen wir die Unabhängigkeit Quebecs, *danach* einen erfolgreichen proletarischen Kampf.“ Genosse Galarneau erwiderte:

„Karl Marx sagte schon vor langer Zeit, daß eine Nation, die eine andere unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Hier ist, was Marx über die irische nationale Frage schrieb: daß ‚es das direkte, absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their present connexion with Ireland [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]... Die englische working class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland [bevor sie sich von Irland gelöst hat].‘ Vielleicht wird die BT jetzt Marx als einen Verfechter der Zwei-Etappen-Revolution angreifen. In Wirklichkeit ist die Position der BT eine direkte Kapitulation vor dem nationalen Chauvinismus. Unser Standpunkt, wie der von Marx, geht davon aus, daß der Weg zur proletarischen Revolution frei gemacht werden muß, indem man den Einfluß des Chauvinismus auf die Arbeiterklasse zerstört.“

Auf dem Papier ist die BT für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland. Doch die Realität ist die, daß die Gesinnungsgenossen der BT in England schon lange der reformistischen Socialist Party den Hof machen, ohne jemals deren widerwärtige Position zur britischen Truppenpräsenz oder deren Unterstützung des „ehemaligen“ loyalistischen Killers Billy Hutchinson erwähnt zu haben. Erst nach jahrelanger Bloßstellung durch unsere Genossen der Spartacist League/Britain druckte das *Marxist Bulletin* (Januar 1999) der englischen BT folgende Rechtfertigung ab:

„[Die Spartakisten] geben der Tatsache eine große Bedeutung, daß wir bis jetzt keinen kritischen Artikel über die Weigerung der Socialist Party, für den sofortigen Abzug britischer Truppen aus dem Norden Irlands einzutreten, geschrieben haben. Dies ist in der Tat eine skandalöse Position für eine britische linke Organisation und ist bezeichnend für die grundlegenden Probleme in ihrem linksreformistischen Programm. Aber wir halten dies nicht für einen ausreichenden Grund, jede gemeinsame Arbeit mit ihnen in Fragen, wo wir übereinstimmen, zu vermeiden oder eine kritische Wahlunterstützung für sie nicht mehr in Erwägung zu ziehen, wo sie angebracht wäre.“

Offenbar stehen die papierernen „Prinzipien“ der BT zur Disposition, wenn sie in Widerspruch geraten zu opportunistischen Arrangements mit offenen Unterstützern der mörderischen britischen Armee und ihren faschistoiden protestantischen Mordgehilfen.

Genosse Galarneau wies darauf hin, daß „die BT die größten Schwierigkeiten hat, die antikommunistischen, chauvinistischen Sozialdemokraten zu kritisieren, und tatsächlich jederzeit erfreut darüber ist, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen“. Er führte die Teilnahme des BT-Führers Logan an einer sogenannten „Internationalen Konferenz“ 1997 in Südafrika an, eine von mehreren „Umgruppierungs“-versuchen, die in jüngster Zeit zwischen Reformisten und Zentristen auf internationaler Ebene stattgefunden haben. Das „Grundsatzdokument“ für die Konferenz begrüßte



Spartacist Canada

**Über 3000 Gewerkschafter, Jugendliche und Minderheiten auf Anti-Nazi-Demo 1993 in Vancouver. Trotskyist League/Ligue trotskyste kämpft für eine leninistische Avantgardepartei als Volkstribun**

begeistert die Zerstörung der Sowjetunion und kritisierte heftig die ganze Vorstellung von einer internationalistischen leninistischen Partei: „Internationale Parteien laufen Gefahr, raubtierartige Beziehungen gegenüber revolutionären Gruppen aufzubauen, die nicht an sie angegliedert sind.“ Genosse Galarneau erklärte unsere Haltung dazu:

„Wir wurden zu dieser Konferenz eingeladen, und wir lehnten aus offensichtlichen Gründen ab angesichts unserer grundlegenden Differenzen zu diesem ‚Grundsatzdokument‘. Statt dessen kämpften wir am Rande der Konferenz unabhängig für unsere Ansichten.“

Im Gegensatz dazu beeilte sich die BT, den Delegiertenstatus anzunehmen und das „Grundsatzdokument“ zu unterschreiben. Wie der TL-Sprecher bemerkte: „Nicht nur waren sie überglücklich dabeizusein, sie *priesen* sogar das Papier als ein ‚im großen und ganzen antikapitalistisches‘ Dokument!“

### Die Bolschewistische Tendenz: Was ist sie?

Die BT kümmert sich nicht um die Kämpfe der Unterdrückten, ganz zu schweigen vom Kampf für revolutionäres Bewußtsein, denn sie ist keine Organisation, deren Ziel die proletarische Revolution ist. In Wirklichkeit ist sie ein sonderbarer und dubioser Verein mit einer Geschichte, sich in solche Standorte und solche Kräfte hineinzumanövrieren, die das Ziel haben, uns zu schaden. Ihre ständigen Verleumdungen unserer Organisation als „bürokratischen Kult“ haben sogar Eingang gefunden in ein erstrangiges Sprachrohr der herrschenden Klasse des US-Imperialismus. Im Sommer 1995 benutzte das *Wall Street Journal* die Verleumdungen der BT bei dem Versuch, die lebenswichtige Verteidigung von Mumia Abu-Jamal, einem schwarzen Gefangenen in einer US-Todeszelle, zu untergraben.

Riley wiederholte in der Debatte das antikommunistische BT-Lieblingsthema „Kult“, daß unser Kurswechsel, für die Unabhängigkeit Quebecs einzutreten, vor einigen Jahren durch „Führerverehrung“ zustande gekommen sei. In Wirklichkeit gilt, wie unser Sprecher betonte:

„Man kennt die Welt nur in dem Maße, wie man eingreift, um sie zu verändern. Auf den Straßen, in den Fabriken – nicht in irgendeiner Bibliothek oder im eigenen Kopf. Also haben wir interveniert und haben *gelernt*. Und als die Frage sich vor dem Referendum von 1995 wieder einmal zuspitzte, hielten wir vor dem Hintergrund unserer Arbeit in all diesen Jahren inne

und überlegten, wir bewerteten unsere Position neu in der Art von Leninisten und wir erkannten, daß wir unrecht gehabt hatten. Wir verstanden – ein bißchen spät, aber noch rechtzeitig – daß es unsere Existenz als revolutionäre Organisation in diesem Land in Frage gestellt hätte, wenn wir nicht zur Befürwortung der Unabhängigkeit Quebecs übergegangen wären. Ich fordere jeden hier auf, unser Bulletin ‚On the National Question in Quebec‘ [Über die nationale Frage in Quebec] zu lesen, worin nicht nur detailliert steht, wie wir dazu kamen, unsere Linie zugunsten der Befürwortung der Unabhängigkeit Quebecs zu ändern, sondern auch, wie eine wahrhaft leninistische Organisation zu einer korrekten politischen Linie gelangt.“

Vergleicht das mit der BT und ihrem wirklich seltsamen internen Leben unter Bill Logan, einem Individuum, welches persönliche Genugtuung in der sadistischen Ausübung von Macht über andere findet, besonders über Frauen. Logan macht es Spaß, interne Foltersitzungen, „kommunistische Kritik“ genannt, zu veranstalten. Dies wurde in einem Bulletin enthüllt, das eine von der BT abgespaltene Gruppe herausgab und das wir als Nr. 8 unserer Reihe *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* nachdruckten. Das Bulletin schildert einen „internen Kampf“ innerhalb der BT, dessen Höhepunkt ein Faustkampf zwischen streitenden BT-Fraktionen war in den Straßen von Oakland, Kalifornien!

In seiner Zusammenfassung kam der TL-Sprecher Galarneau auf diese Reihe *Hate Trotskyism* zu sprechen, die

viele Dokumente verfügbar macht, die unsere politischen Gegner, darunter auch die BT, gegen uns geschrieben haben. Er bemerkte:

„Das ist wohl kaum etwas, das eine bürokratische Organisation tun würde. Unsere eigene Geschichte ist gut dokumentiert, vor allem in den gebundenen Jahresausgaben, die viele Hunderte Nummern von *Workers Vanguard* enthalten. Bei unserer Organisation gilt: Was man sieht, ist, was man kriegt. Wir tun nach wie vor das, was wir von Anfang an vorhatten: eine revolutionäre, internationalistische, proletarische Partei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen.“

Der Aufbau einer solchen Partei erfordert den Kampf, alle Hindernisse für das revolutionäre Bewußtsein aus dem Weg zu räumen, die von der Bourgeoisie geschaffen und von ihren reformistischen Helfershelfern aufrechterhalten werden. Abschließend erklärte der TL-Sprecher:

„Laßt mich wiederholen, weshalb der Aufruf zur Unabhängigkeit Quebecs entscheidend ist, wenn man eine proletarische revolutionäre Partei aufbauen möchte. Es ist der einzige Weg, die Arbeiter Englisch-Kanadas vom Chauvinismus loszureißen und den Würgegriff des Nationalismus in Quebec zu brechen. Deshalb möchte ich allen Mitgliedern der Brock Socialists und anderen, die wirklich ihr Leben dem *Kampf* für die proletarische Revolution widmen wollen, sagen, daß ihr Platz in den Reihen der Internationalen Kommunistischen Liga ist – der Partei, die als einzige das Programm und die Perspektive hat, die sozialistische Weltrevolution zu erreichen.“ ■

## Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 4

„bedingungslos“ unterstützt, sie ist für die Abschiebungen der von ihr „tolerierten“ SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt verantwortlich und ist in Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalitionsregierung mit der SPD. Mittels seiner Unterstützung für die PDS landet der RSB voll im Schoß der SPD – die er als rein „bürgerliche Partei“ bezeichnet, um einen qualitativen Unterschied zur genauso sozialdemokratischen PDS zu erfinden. Wie den übrigen Pseudolinken diente dem RSB die rassistische CDU/Nazi-Kampagne als Ansatzpunkt, um sich hinter der SPD einzureihen. So pries er den ersten SPD-Gesetzesentwurf in *Avanti* (Februar 1999): „Das Gesetz erleichtert für viele Menschen, die Einbürgerung und vollzieht immerhin eine minimale Abkehr vom Blutrecht.“

Erst beim jetzigen, nicht grundlegend veränderten SPD/FDP-Gesetzesentwurf geht der RSB auf Distanz, bemerkt sogar, daß er „substanzlos bis reaktionär“ ist (*Avanti*, April 1999), und gibt die Parole aus: „Es muß bekämpft werden!“ Dabei bleibt er völlig in der Logik des Streits zwischen SPD/Grünen und CDU/CSU und geht nicht über die Schlagzeile hinaus: „Den Doppelpaß – aber bedingungslos!“ Er schürt damit die Illusion, der kapitalistische Staat könne für die Interessen der Immigranten gewonnen werden, wenn er nur von der Sozialdemokratie verwaltet und genügend unter Druck gesetzt wird: „Eine neue Kampagne muß her: Für das Territorialprinzip!“

Was die Politik des RSB in der Praxis bedeutet, konnte man gleich nach den tödlichen Schüssen auf vier Kurden in Berlin sehen. Als wir das SpAD-Flugblatt zur Verteidigung der Kurden verteilten (siehe Seite 28), stießen wir an einer Berliner Berufsschule auf einen RSbler und einen Anhänger der französischen pseudotrotzkistischen Organisation Lutte Ouvrière (LO), die ein gemeinsames Flugblatt verteilten mit der Überschrift „Rassismus nützt nur den Bossen“. (LO ist dafür bekannt, daß sie sogar leugnet, daß Le Pen ein

Faschist ist.) Dieses Flugblatt enthielt kein einziges Wort zur Verteidigung der Kurden! Darauf angesprochen, rechtfertigte der RSbler das: Diese Frage sei viel zu heiß, um sie in die Arbeiterklasse zu tragen, da sie die Spaltung vertiefen würde! Mit dieser feigen Kapitulation trägt der RSB dazu bei, die rassistische SPD weißzuwaschen und die Spaltung in der Arbeiterklasse zu zementieren.

Obwohl die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, ist sie für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung. Wir Trotzisten verstehen, daß heute demokratische Rechte – z. B. gleiche Rechte für Frauen, das Recht auf nationale Selbstbestimmung, Rechte für Immigranten, Flüchtlinge und Minderheiten – nur dadurch erreicht werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und unter der Diktatur des Proletariats eine sozialistische Wirtschaft zu errichten, mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Kampflosung „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten“ wurde bisher nur durch die Machteroberung der Arbeiter in der von den Bolschewiki geführten proletarischen Revolution in Rußland 1917 verwirklicht, als alle, die nicht von der Ausbeutung anderer lebten, unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Rechte erhielten.

Das kapitalistische System ist auf der Ausbeutung der Arbeiter aufgebaut und von Natur aus rassistisch. Der Staat existiert, um die Klassenherrschaft einer Handvoll Ausbeuter – der Bourgeoisie – über die arbeitenden Massen – das Proletariat – zu verteidigen. Er kann nicht unabhängig sein und kann nicht durch parlamentarischen Druck reformiert werden. Die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der chauvinistischen deutschen bürgerlichen Gesellschaft entfremdet sind, haben eine strategische Rolle im Kampf um den Sturz des deutschen Imperialismus. Die revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die wir aufbauen, wird als Volkstribun alle Unterdrückten hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse vereinen und zum Sturz dieses Kapitalismus führen. ■

## Freiheit für Öcalan! Verteidigt Kurden gegen blutigen Staatsterror!

# Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mit der Verschleppung und Inhaftierung des kurdischen nationalistischen Führers Abdullah Öcalan am 15. Februar entfachte das türkische Regime im kurdischen Südosten des Landes eine neue Welle von Massenverhaftungen, und auch in den Großstädten im Westen wurden Tausende Kurden

### Keine Abschiebungen! Für volle Staatsbürgerrechte!

verhaftet. Noch in der Nacht von Öcalans Entführung marschierten 10000 türkische Soldaten und Spezialkommandos mit Kampfflugzeugen und Hubschraubern in das kurdische Gebiet im Norden Iraks ein, um unter dem Schutz der US/UN-Flugverbotszone PKK-Stellungen anzugreifen und die kurdische Bevölkerung niederzumetzeln. Aus türkischen Flugzeugen wurden Flugblätter mit Fotos von Öcalan abgeworfen, der in erniedrigender Weise mit verbundenen Augen vor der türkischen Fahne gezeigt wird. Aktiv unterstützt durch die NATO-Alliierten – Deutschland, die USA, Italien und Frankreich – hat die Türkei einen 14jährigen Krieg gegen die unterdrückte kurdische Bevölkerung geführt, der zu 30000 Toten führte und 3500 Dörfer völlig zerstört hat. Mehr als drei Millionen Kurden wurden dazu gezwungen, aus ihren Dörfern zu fliehen.

In Deutschland, wo es verboten ist, auch nur das Banner der PKK zu zeigen, gab es im ganzen Land große kurdische Protestdemonstrationen, die von der SPD/Grünen-Regierung mit nackter Repression beantwortet wurden. In Berlin wurden am 17. Februar drei kurdische Demonstranten von



dpa

**Türkische Armee nach Massaker an Kurden. Deutscher Imperialismus ist Pate dieses blutigen Krieges**

israelischen Sicherheitskräften erschossen, ein vierter Kurde starb zehn Tage später. Hunderte Kurden wurden von den Bullen eingekesselt und verhaftet, in Schnellverfahren abgeurteilt, aus Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden bereits kurdische Demonstranten abgeschoben. Mit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März werden weitere Massenabschiebungen vorbereitet: Schon das Verteilen von Flugblättern, die als PKK-Propaganda ausgelegt werden, kann zur Abschiebung in die Folterkeller der Türkei führen. Der Berliner SPD/CDU-Senat hat jetzt die Abschiebung von 32 kurdischen Demonstranten angekündigt. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Weg mit den Anklagen gegen kurdische Demonstranten! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die IKL hat sich aktiv an den Demonstrationen beteiligt, um gegen die Verfolgung von Öcalan und der PKK zu protestieren und die nationalen Rechte des kurdischen Volkes zu verteidigen. Bei vielen dieser Proteste war das Fehlen etlicher pseudotrotzkistischer Gruppen auffallend, die offensichtlich bereit waren, die kurdischen Immigranten angesichts der massiven Repression allein zu lassen. Unsere Genossen haben international das Flugblatt der SpAD vom 18. Februar breit verteilt, das wir auch auf Türkisch, Italienisch, Französisch und Englisch herausgebracht haben.

Die kapitalistischen Regierungen in Europa, die fast alle sozialdemokratisch geführt sind, benutzen die militanten Proteste der Kurden, um die rassistische Hysterie gegen Immigranten weiter zu schüren und die Polizeistaatsmaßnahmen zu verschärfen. Der kurdische Fernsehsender MED-TV wurde auf Betreiben der SPD/Grünen-Regierung von der britischen Medienanstalt ITC geschlossen. In Berlin waren tagelang alle Demonstrationen verboten. Die Bullen ergriffen im Umkreis von Demonstrationsorten jeden mit dunklen Augen – eine eisige Erinnerung an das völkermörderische Dritte Reich der Nazis. Der SPD-Innenminister Otto Schily war der Vorreiter einer Medienkampagne, die verbotene PKK und das gesamte kurdische Volk als „Terroristen“ zu brandmarken. Zugleich mit dem scharfen Vorgehen gegen die PKK hat die SPD/Grünen-Regierung, mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokraten der IG Metall, durch Schlichtung einen Lohnpakt aufgezwungen und damit die Aussicht auf einen Klassenkampf abgewürgt, als eine vereinigte Streikaktion der deutschen, türkischen und kurdischen Arbeiter eine wirkliche Herausforderung für die Kapitalisten und ihre Regierung gewesen wäre. Die türkischen und kurdischen eingewanderten Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil der Industriearbeiterklasse in Deutschland.

In Melbourne, Australien, log der Senator der Labor Party, Kim Carr, bei einer Demonstration zum türkischen Konsulat am 25. Februar unverfroren, als er der Menge erzählte, daß seine Partei und die Sozialdemokraten in Europa das kurdische Volk unterstützt hätten. Ein Sprecher der Spartacist League of Australia hob hervor, daß die Labor-Staatsregierung in New South Wales ihre Bullen geschickt

hatte, um kurdische Proteste anzugreifen. Der SL-Sprecher, der sich gegen Zensurversuche zur Wehr setzen mußte, erhielt von vielen Demonstranten Applaus, als er die Imperialisten den Feind der kurdischen Befreiung nannte. Als er unseren Aufruf für die Freiheit von Öcalan dem Gerede eines „gerechten Prozesses“ für den PKK-Führer „unter internationaler Aufsicht“ entgegensetzte, fingen Demonstranten an zu rufen: „Freiheit für Öcalan“. Der Leiter der Kundgebung dankte dem SLA-Sprecher unter Unbehagen für seine „interessanten“ Bemerkungen und fügte hinzu: „Entschuldigung an Kim Carr“!

Die kleinbürgerliche, nationalistische PKK ruft die Vereinten Nationen und die imperialistischen Mächte auf, eine „politische Lösung“ der kurdischen Frage in der Türkei auszuhandeln. Unterstützung erhalten sie dabei von der PDS und einem großen Teil der Pseudolinken. Viele Plakate und Sprecher bei den verschiedenen Demonstrationen drückten die gleichen Illusionen in die UNO, die OSZE oder die Europäische Union aus. Aber die deutschen Imperialisten sind die Paten der türkischen bonapartistischen Regierung. Die Imperialisten sind tödlich entschlossen, gegen jeden Ausdruck der kurdischen nationalen Rechte vorzugehen, weil das ihren türkischen Verbündeten schwächen und die ölfreiche Region destabilisieren würde.

Der Nationalismus der PKK ist eine Sackgasse für das kurdische Volk und für seine Hoffnung auf nationale Befreiung. Nur eine tiefgehende soziale Revolution kann die unterdrückten Massen vom Joch des Imperialismus und von der kapitalistischen Ausbeutung befreien. Sogar das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung des kurdischen Volkes erfordert den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in den vier Staaten der Region, wo die Kurden hauptsächlich leben. Die kurdischen Massen müssen nach einem Bündnis mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeitern streben, die wiederum dafür gewonnen werden müssen, aktiv für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung einzutreten.

Das Potential zum vereinten Klassenkampf zeigte sich 1991 beim Streik von 48000 türkischen und kurdischen Bergarbeitern in Zonguldak, Türkei, der am Vorabend des imperialistischen Golfkriegs gegen den Irak stattfand und zu Solidaritätsstreiks im kurdischen Ostanatolien wie auch unter türkischen Arbeitern führte. Bemerkenswerterweise gab es Berichte, daß die Bergarbeiter die Forderung nach dem Recht der Kurden auf ihre eigene Sprache erhoben. Zugleich gab es damals in Deutschland Solidaritätsaktionen mit dem Streik in Zonguldak, darunter einen einstündigen Solidaritätsstreik von Bergarbeitern im Ruhrgebiet, von denen viele türkischer und kurdischer Herkunft sind. Die eingewanderten Arbeiter in den imperialistischen Zentren bilden eine lebendige Brücke zu den Arbeitern und unterdrückten Massen im Nahen Osten, eine lebendige Verbindung der internationalen sozialistischen Perspektive.

Der Weg zur Befreiung der türkischen Werktätigen von der militärisch geführten Diktatur der kemalistischen Bourgeoisie liegt beim türkischen Proletariat, das die Verteidigung der Kurden gegen ihre „eigenen“ Ausbeuter unterstützen muß. Als Teil des multinationalen Proletariats der Region können die Kurden eine führende Rolle bei der sozialistischen Revolution in der Türkei und im ganzen Nahen Osten spielen. Der Schlüssel dazu ist die Schmiebung einer internationalistischen Führung, nach dem Modell von Lenins bolschewistischer Partei, die die unterdrückten Nationalitäten aus dem zaristischen „Völkergefängnis“ befreiten, indem sie das Proletariat in der Russischen Revolution 1917 zur Macht führten.



Reuters

**Zonguldak 1991: Streikende türkische und kurdische Bergleute zeigen Illusionen in großtürkischen Republikgründer Atatürk. Verteidigung der Kurden ist Schlüssel für gemeinsamen Klassenkampf**

Wir drucken nachfolgend unser Flugblatt vom 18. Februar ab, das auf Seite 32 auch auf Türkisch wiedergegeben ist.

Am 15. Februar wurde der kurdische PKK-Führer Abdullah Öcalan in einer Nacht- und Nebel-Aktion vom türkischen Geheimdienst – nach Berichten in Zusammenarbeit mit CIA und israelischem Mossad – aus Kenia entführt. Auf dem Weg von der griechischen Botschaft zum Flughafen wurde er auf die türkische Gefängnisinsel Imrali verschleppt, in die berüchtigten Folterkeller des türkischen Mordregimes. Daß alle anderen Gefangenen von der Insel weggebracht wurden, läßt Schlimmes befürchten; offensichtlich will der türkische Staat keine Augen- und Ohrenzeugen haben bei dem, was er Öcalan antun will. Trotz großer Ankündigungen eines „fairen Prozesses“ verweigerte die Türkei Öcalans Rechtsanwälten sogar die Einreise in das Land. In den letzten 15 Jahren wurden in dem grausamen Vernichtungskrieg der Türkei Zehntausende Kurden ermordet und über dreitausend Dörfer zerstört. Öcalan, als Führer des kurdischen Guerillakampfes für kurdische Unabhängigkeit, droht jetzt die Todesstrafe. Wir Trotzisten von der Spartakist-Arbeiterpartei, der deutschen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fordern: **Freiheit für Öcalan!**

In ganz Europa, Australien und Kanada sind Tausende Kurden auf die Straße gegangen und haben Konsulate besetzt, um gegen die Verhaftung Öcalans zu protestieren. Junge PKK-Anhängerinnen setzten sich aus extremer Verzweiflung selbst in Brand. Von Blairs Britannien über Jospins Frankreich und D'Alemas Italien bis zu Schröders Deutschland entfesselten die sozialdemokratischen Herrscher der Festung Europa, die alle Öcalan Asyl verweigert hatten, eine Welle von Polizeiterror gegen die kurdischen Demonstranten, die jetzt selber mit Massenabschiebungen in die Folterkeller der Türkei bedroht werden. Gestern wurden in Berlin drei Kurden vor der israelischen Botschaft kaltblütig von deren Sicherheitsbullen erschossen und weitere 16 schwer verletzt. Dieses Massaker wurde von der rassistischen, kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung mitinszeniert, die ein riesiges Bullenaufgebot auf die PKK-Anhänger hetzt und jetzt die ermordeten Kurden zum Sündenbock macht. Das Gebiet um die SPD-Parteizentrale in Hamburg, die von der PKK besetzt worden war, wurde zum

*Fortgesetzt auf Seite 30*

# Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 29

Kriegsschauplatz. Über tausend Kurden wurden von den deutschen Bullen festgenommen, Hunderte weitere wurden zusammengeschlagen und „verschwanden“. Selbst die Namen der Ermordeten werden geheimgehalten. Wir fordern: **Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der kurdischen Gefangenen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!**

Ocalan hat monatelang versucht, in Westeuropa Asyl zu bekommen, und appellierte an die sozialdemokratisch geführten Regierungen, eine Vermittlerrolle für die Kurden in der Türkei zu spielen. Der Kampf um nationale Unabhängigkeit der Kurden ist immer wieder von bürgerlichen Nationalisten bei der vergeblichen Jagd nach Unterstützung durch imperialistische Mächte und regionale kapitalistische Regime, sei es Husseins Irak oder Assads Syrien, geopfert worden. Der deutsche Imperialismus ist zusammen mit dem US-Imperialismus Pate des türkischen Vernichtungskrieges gegen die Kurden, liefert die Waffen und bildet die Todeschwadronen aus. Seit der Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion durch die kapitalistische Konterrevolution haben sich die imperialistischen Rivalitäten um die Ausbeutung der Ölquellen dieser Region verschärft. Es kann keine Illusionen in die raubgierigen imperialistischen Mächte geben, deren einziges Interesse die Steigerung ihrer eigenen Profitrate auf Kosten des enormen Elends und des Todes der Arbeiter und Unterdrückten in der ganzen Welt ist. Vom NATO-Militärstützpunkt Incirlik starten US-Bomber, um den Irak in die Steinzeit zurückzubomben. Die deutschen Imperialisten haben erneut Truppen im ehemaligen Jugoslawien stationiert, wo sie im Zweiten Weltkrieg ein Fünftel der Bevölkerung ermordeten. Die deutsche Luftwaffe bereitet zusammen mit NATO-Alliierten Bombenangriffe auf Serbien vor. **Wir Trotzlisten sagen: Bundeswehr/UNO/NATO raus aus dem Balkan! Nieder mit der UN-Hungerblockade gegen den Irak! Verteidigt den Irak gegen imperialistische Angriffe! Türkische Armee raus aus den kurdischen Gebieten, sofort!**

Heute leben die meisten Kurden in Industriezentren von Istanbul bis Berlin. Es ist die Arbeiterklasse einschließlich ihres strategischen Bestandteils von Arbeitern kurdischer und türkischer Herkunft, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produziert und die Macht hat, das kapitalistische Ausbeutungssystem zu zerschlagen. Diese Arbeiter

können eine lebendige Brücke sein zwischen dem Kampf für kurdische Unabhängigkeit und für eine sozialistische Revolution im Nahen Osten und dem Kampf für die Ausweitung der proletarischen Revolution auf das imperialistische Kernland Westeuropa. Die Einheit der klassenbewußtesten kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter über nationale und ethnische Linien hinweg würde eine machtvolle Waffe sein im Kampf zur Befreiung aller Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung. Diese revolutionäre, proletarische und internationalistische Perspektive erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer – die SPD und die PDS –, die den Staatsterror organisieren und die Arbeiter mit rassistischer Hetze und Chauvinismus spalten. Nur eine trotzkistische Partei, die die kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter gegen die imperialistische Teile-und-herrsche-Politik der herrschenden Klasse und ihrer sozialdemokratischen Lakaien in der Arbeiterbewegung mobilisiert, wird in der Lage sein, die Arbeiter systematisch für die sozialistische Revolution zu mobilisieren und alle Erscheinungen von Nationalismus und Klassenzusammenarbeit zu besiegen.

Die im Nahen Osten lebenden 25–30 Millionen Kurden sind eine der größten Nationen der Welt ohne eigenen Staat. Seit dem Untergang des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg ist das kurdische Volk in erster Linie auf vier Länder aufgeteilt – Türkei, Syrien, Iran und Irak sowie kleine zerstreute Gebiete von Kurden in den kaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Daher kann ein unabhängiges Kurdistan nur durch den Sturz von wenigstens vier verschiedenen kapitalistischen Regimen in dieser Region verwirklicht werden. Das ist die trotzkistische Perspektive der *permanenten Revolution*: In den kolonialen und halbkolonialen Ländern kann in der imperialistischen Epoche nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution lösen. Diese Perspektive steht im Gegensatz zu den Illusionen, die von kleinbürgerlichen Nationalisten verbreitet werden, die an die unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes und deren imperialistische Paten appellieren. Der Kampf für die nationale und soziale Befreiung der Kurden erfordert eine revolutionäre Führung – den Aufbau von trotzkistischen Parteien, die im Proletariat des Nahen Ostens und unter den Arbeitern Europas verwurzelt sind –, eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale, die als die Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpft. Der Aufbau einer solchen Partei ist die Aufgabe, der wir uns verpflichtet haben. **Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!■**

**NEU!** 斯巴达克斯 **SPARTACIST** 1988年11月

**原则宣言和纲领要素**  
国际共产主义同盟  
(第四国际主义者)

1. 国际共产主义同盟和共产党(第四国际主义者)..... 3
2. 无产阶级专政的实质..... 4
3. 我们当前革命的任务..... 6
4. 国际共产主义同盟(第四国际主义者)的组织和历史..... 10
5. 社会主义革命的实质..... 15
6. 工人阶级在无产阶级国际主义革命中的历史作用..... 17
7. 社会主义的无产阶级革命..... 19
8. 国际共产主义同盟的斗争..... 21
9. 国际共产主义同盟的实质..... 24
10. 国际共产主义同盟的“第四国际主义”..... 26
11. 无产阶级不是一个国家、而是最大的范围..... 28
12. 革命党、它的纲领、组织和斗争..... 30
13. 我们并入以俄国的历史..... 32

国际共产主义同盟 (ICL, Box 1428 QPO, New York, NY 10116, 美国)

SPARTACIST	4.74	每份	\$1.50	每份	DM 2,-
SPARTACIST	4.74	每份	\$1.50	每份	DM 2,-
SPARTACIST	4.74	每份	\$1.50	每份	DM 2,-

© 1988 SPARTACIST

**Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms**  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

**Jetzt auf chinesisches erschienen!**  
Wir sind stolz, die Veröffentlichung dieses wichtigen Dokuments auf chinesisches ankündigen zu können, das auf der Dritten Internationalen Konferenz der IKL im Frühjahr 1998 angenommen wurde. Es ist schon in neun anderen Sprachen erschienen. Die Grundsatzklärung der IKL ist ein konkreter Ausdruck unseres Ziels: nationale Sektionen einer demokratisch-zentralistischen Internationale aufzubauen, die den Kampf für eine weltweite sozialistische Revolution anführen kann.

**8 Seiten, DM 2,- zzgl. Porto ebenfalls erhältlich:**  
Spartacist Nr. 20 (deutsche Ausgabe), 64 Seiten, DM 4,-  
Spartacist Nr. 15 (russische Ausgabe), 16 Seiten, DM 2,-

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

## Kürdistan...

Baştarafı 32. Sayfada

**vatandaşlık hakkı! PKK ve Kürt dernekleri üzerindeki yasaklara son!**

Öcalan, aylarca batı Avrupa'da ilticasının kabul edilmesi için uğraştı ve sosyal demokrat hükümetlere Türkiye'deki Kürtler için arabuluculuk yapmaları çağrılarını yaptı. Kürtlerin ulusal bağımsızlık mücadelesi burjuva milliyetçilerince, her defasında emperyalist güçlerin ya da bölgedeki – Saddam'ın Irak'ı ya da Esad'ın Suriye'si gibi – kapitalist rejimlerin desteği peşinde anlamsızca koşularak harcandı. Türkiye'ye silah yardımı yapan ve katil Kontr-Gerilla birliklerini eğiten Alman emperyalizmi, Amerika emperyalizmi ile birlikte, Türkiye'yi Kürtlere karşı yürüttüğü yoketme savaşında himaye eden ülkelerden biri. Deforme işçi devleti Sovyetler Birliği'nin kapitalist karşı devrimle yıkılmasının ardından, petrol kaynaklarının bulunduğu bu bölge üzerindeki emperyalist rekabet daha da şiddetlendi. Tek ilgilendikleri bütün dünya işçilerinin ve ezilenlerinin sefaleti ve ölümü pahasına karlarını katlamak olan kan emici emperyalist güçlere güven duyulamaz. NATO'nun askeri üssü Incirlik, Amerikan bombardıman uçaklarının Irak'ı bombalayarak taş devrine geri döndürmek için kullanılıyor. Alman emperyalistleri yeniden, İkinci Dünya Savaşı'nda nüfusunun beşte birini katlettikleri eski Yugoslavya topraklarında askeri birlikler konuşlandırdılar. Alman hava kuvvetleri NATO-Müttefikleriyle birlikte Sırbistan'ı bombalama hazırlıkları yapıyor. **Biz Troçkistler sesleniyoruz: Alman Ordusu (Bundeswehr)/BM/NATO, Balkanlar'dan defolun! Birleşmiş Milletler'in Irak'a karşı uyguladığı açlık ambargosuna son! Irak'ı emperyalist saldırılara karşı savun! Türk ordusu, Kürt yerleşim bölgelerinden dışarı, derhal!**

Bugün Kürtlerin büyük çoğunluğu, İstanbul'dan Berlin'e kadar, endüstri merkezi durumundaki şehirlerde yaşıyorlar. Bütün toplumsal zenginliğin yaratıcısı olan işçi sınıfı, stratejik öneme sahip Kürt ve Türk kökenli işçilerle birlikte, kapitalist sömürü düzenini bertaraf edecek güçtür. Göçmen işçiler, Kürtlerin bağımsızlık mücadelesi ile Yakın Doğu'nun sosyalist devrim mücadelesi ve proleter devrimin emperyalizmin merkezi batı Avrupa'ya taşınıp genişletilmesi mücadelesi arasında canlı bir köprü durumundalar. Sınıf bilinçli Kürt, Türk ve Alman işçilerinin ulusal ve etnik sınırları aşarak birleşmeleri, bütün işçilerin kapitalist sömürden kurtuluş için mücadelesinde güçlü bir silaha dönüşecektir. Bu devrimci, proleter ve enternasyonalist perspektif, devlet terörünü organize eden ve işçileri ırkçı ajitasyon ve şovenizmle bölen, dolandırıcı sosyal demokrat önderliklere – SPD ve PDS'e – karşı keskin bir politik mücadeleyi gerektiriyor. Yalnızca troçkist bir parti, Kürt, Türk ve Alman işçileri hakim sınıfın emperyalist böl ve yönet politikasına ve onların işçi hareketi içindeki sosyal demokrat uşaklarına karşı seferber ederek, işçileri sistemli olarak sosyalist devrim için seferber edebilir ve milliyetçiliği ve sınıfsal işbirlikçiliği yokedebilir.

Yakın Doğu'da yaşamakta olan 25–30 Milyon Kürt dünyanın en büyük devletsiz uluslarından biri. Kürt halkı, Osmanlı Krallığı'nın yıkılışının ardından Birinci Dünya Savaşı'nda, eski Sovyetler Birliği'nin Kafkas Cumhuriyetlerinde küçük çaplı, dağınık Kürt yerleşim bölgelerinin yanı sıra, asıl olarak dört ülke arasında paylaşıldı: Türkiye, Suriye, İran ve Irak. Bu yüzden, bağımsız bir Kürdistan

sadece bölgedeki en azından dört kapitalist devletin yıkılmasıyla mümkün olabilir. Emperyalizm çağında sömürge ve yarı sömürge ülkelerde, burjuva demokratik devrimin görevlerini sadece proletarya iktidara gelerek yerine getirebilir: bu troçkist **sürekli devrim** perspektifidir. Bu perspektif, Kürt halkının dolaysız ezenlerine ve onların emperyalist himayecilerine çağrıda bulunan küçük burjuva milliyetçilerinin yaydıkları hayallere taban tabana zıttır. Kürtlerin



Spartakist

**Spartakistler Kürt protesto gösterilerindeydiler. Yukarıda, Kürt gösterilerce işgal edilen Berlin'deki Yunan Konsolosluğunun önü**

ulusal ve sosyal kurtuluşu, devrimci bir önderlik – Yakın Doğu'nun proletaryası ve Avrupa'nın işçi sınıfı içinde sağlam kökleri olan troçkist partilerin inşasını –, ve sosyalist devrimin dünya partisi olarak savaşacak Dördüncü Enternasyonal'in yeniden yaratılmasını gerektiriyor. **Biz, böylesi bir partinin inşasını kendimize görev sayıyoruz ve bunun için mücadele ediyoruz. Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!**

Berlin, 18 Şubat 1999

### SPARTAKİST EK 3

(in türkischer Sprache)

**Doğu Berlin'den  
Taşkent'e Kadar:  
Kapitalist Karşı-devrim  
Kadını Ayaklar  
Altına Alıyor**

Adı geçen makale,  
Enternasyonal Komünist Liga  
(Dördüncü Enternasyona-  
list)'nin Amerika seksiyonu  
Spartakist Liga/ABD  
(SL/U.S.)'in Kadın Komisy-  
onu'nca yayınlanan Women  
and Revolution (Kadın ve  
Devrim) isimli dergimizin  
İlkbahar/Yaz 1993 tarihli  
42. sayısından çevrilmiştir.

16 Sayfa, DM 1,-

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin

Postbank Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100



## Abdullah Öcalan'a özgürlük! Kürtleri kanlı devlet terörüne karşı savun!

# Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için! Jibo Komara Sosyalîsta Kurdîstané Yekbûyî!

PKK lideri Abdullah Öcalan, 15 Şubat günü, karanlık bir hareketle MİT ajanlarınca – alınan haberlere göre, CIA ve Mossad'ın da yardımlarıyla – Kenya'dan kaçırıldı. Yunan Büyükelçiliği'nden ayrıldıktan sonra, havaalanına giden yolda kaçırılmasının ardından, İmralı adasındaki, Türk katiller rejiminin işkenceleriyle ünlü hapisanesine getirildi. Bütün diğer tutukluların adadan yollanıp, adanın tamamen

### Sınırdışı etmelere hayır!

### Bütün göçmenlere tam vatandaşlık hakkı!

boşaltılması, Türk devletinin, Öcalan'a yapacaklarını hiçkimsenin görmesini, duymasını istemediğini son derece açık ve korkutucu bir şekilde ortaya koymaktadır. Bütün "adil yargı" taleplerine karşın Türkiye, Öcalan'ın avukatlarını bile ülkeye sokmayıp, havaalanından geri çevirdi. Türkiye, Kürtlere karşı yürüttüğü kanlı savaşta, son 15 yılda, on binlerce Kürdü katledip, üç binden fazla köyü yerle bir etti. Kürt ulusal bağımsızlığı için yürütülen gerilla savaşının lideri olan Öcalan, idam cezası tehdidiyle karşı karşıya. Biz, Enternasyonal Komünist Liga'nın (Dördüncü Enternasyonalist) Almanya Seksiyonu Spartakist-İşçi Partisi Troçkistleri olarak sesleniyoruz: *Abdullah Öcalan'a özgürlük!*

Binlerce Kürt, bütün Avrupa'da, Avusturalya'da ve

Kanada'da sokaklara dökülüp, Öcalan'ın tutuklanmasını protesto etmek amacıyla konsoloslukları işgal ettiler. Genç PKK taraftarları derin umutsuzluklarının sonucu olarak bedenlerini ateşe verdiler. Blair'ın Britanya'sından, Jospin'in Fransa'sına ve D'Alema'nın İtalya'sından Schröder'in Almanya'sına kadar, Avrupa kalesinin Öcalan'a iltica vermeyi reddeden sosyal demokrat hükümdarları, toplu halde sınırdışı edilerek, Türkiye'nin işkence bodrumlarına gönderilme tehdidiyle karşı karşıya olan Kürt göstericilere karşı bir polis terörü dalgası başlattılar. Önceki gün Berlin'de, İsrail Büyükelçiliği'nin önünde üç Kürt, Büyükelçiliğin güvenlik polislerince soğukkanlı bir şekilde kurşunlanarak katledildiler. Bu katliamın koşulları, seferber ettikleri muazzam polis ordusunu PKK taraftarlarına karşı kıskırtan ırkçı ve kapitalist SPD/Yeşiller hükümetinin katkılarıyla yaratıldı, ve bu hükümet şimdi katledilen Kürtleri günah keçisi yapıyor. Hamburg'da, PKK tarafından işgal edilen SPD Parti Merkezi'nin çevresindeki bölge, savaş alanına döndü. 1000'in üzerinde Kürt, Alman polisince tutuklandı, yüzlercesi polisin saldırısına uğradı ve "kayboldu", 16 kişi de ağır yaralandı. Öyle ki, öldürülenlerin isimleri bile gizli tutuluyor. *Biz Spartakistler, açılan davalara son verilmesini, tutuklu Kürtlerin derhal serbest bırakılmasını talep ediyoruz. Sınırdışı etmelere hayır! Bütün göçmenlere tam*

*Arkası Sayfada 31*

**Kürt göçmenlerin PKK lideri Abdullah Öcalan'ın MİT ajanları tarafından kaçırılmasına karşı gösterileri Almanya genelinde azgın devlet terörüne maruz kaldı**



AFP



Frankfurter Rundschau/Petra Welzel